kommunistische hochschulzeitung

NOVEMBER 74 HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN(MLS) 3.Jg/Nr.9

WEG MIT DEN STUDIENORDNUNGEN

SCHLIESSEN WIR UNS ZUSAMMEN UND WIR WERDEN ERFOLG HABEN

War die Situation auf den Hochschulen vor den Ferien noch durch den Zustand der relativen Ruhe gekennzeichnet,so ist das nun endgültig vorbei: die Mathematik- und Physikstudenten sind als erste in einen eintägigen Warnstreik gegen die Studienordnungen getreten und haben gezeigt,wie man es machen muß.Zur gleichen Zeit besetzten 700 Studenten das Audi Max um ihrer Forderung "Weg mit dem NC für Ausländer" Nachdruck zu verleihen!

Seitdem vergeht kein Tag,an dem nicht in einzelnen Lehrveranstaltungen gegen Maßnahmen zur Verschärfung der Studienbedingungen protestiert wird,Hörerversammlungen die Studienordnungen ablehnen und die Studenten ganzer Institute sich für Warnstreiks,Institutsbesetzungen usw. aussprechen und auch durchführen:

- Die Architekturstudenten erzwingen durch ein Institutsbesetzung die Rücknahme einschneidender Zulassungsbeschränkungen
- die Soziologiestudenten beider Fakultäten beschließen für den 19. und 20.11 einen zweitägigen Warnstreik gegen die Studienordnungen und gegen den erpresserischen Erlaß des Ministeriums
- die Mathematik- und Physikstudenten treten zur gleichen Zeit neuerlich in einen eintägigen Streik.Auf ihrer Hörerversammlung forderten sie außerdem gesamtnationale Kampfschritte um die Studienordnungen zu Fall zu bringen
- Hörerversammlungen auf anderen Instituten fordern zentrale Kampfschritte und diskutieren ebenfalls bereits Maßnahmen.

In den Lehrveranstaltungen nehmen die Auseinandersetzungen über die Studienverschärfungen zu und Professoren,Dozenten und Assistenten müssen dem Druck der Studenten weichen und ihre Stunden für Diskussionen über die Studienbedingungen freigeben.

Erfolgreiche Institutsbesetzung an der TH



Nachdem die Einführung des neuen Studienplanes der Studienrichtung Architektur für das Ministerium recht glatt über die Bühne gelaufen ist, sahen sich die Architekturstudenten am Anfang dieses Semesters einem für sie recht ungewohnten Angriff auf das Recht auf freien Zugang zu allen Lehrveranstaltungen ausgesetzt: Bei 4 von 6 Entwurfsübungen (den wichtigsten Lehrveranstaltungen des 2. Studienabschnittes, 10-15 Semesterwochenstunden, über 1 Jahr laufend) gab es plötzlich Aufnahmebeschränkungen direkter und indirekter Art. Forts. S.5

DIE STUDENTEN WEHREN SICH GEGEN DIE MAßNAHMEN DES MINISTERIUMS UND DER GEGENSATZ ZUM STAAT TRITT OFFEN ZUTAGE !

Die politiscnen Auseinandersetzungen verschärfen sich und die Fronten werden immer klarer: Während das Ministerium mit immer größerer Planmäßigkeit und taktischem Geschick vorgeht, gewinnt die Studentenbewegung an Stärke und Entschlossenheit. Die Durchsetzung der Hochschulreform hat viele Studenten aufgerüttelt und aktiviert.

Die Fanfarenklänge der Demokratie und des Fortschritts, mit denen die Reform anfänglich propagiert wurde, sind längst zur jämmerlichen Katzenmusik verkommen, mit der die wirklichen Zustände übertönt werden sollen: daß diese Reform den Studenten nur Nachteile erbringt, ihre Rechte einschränkt und Zwang und Stillhalten bedeutet. Die "demokratischen" Pläne eifriger studentischer Reformer sind bereits zu Plänen des "kleineren Übels" geworden - die erste Enttäuschung. Man versuchte Alternativvorschläge zu denen des Ministeriums zu machen, damit diese "weltfremden" Bürokraten sehen, was die Studenten brauchen. So sollte durch "vernünftige Vorschläge" das Ministerium zur Einsicht ge-

bracht werden, doch eine "bessere Reform" durchzuführen. Dieser Versuch ist inzwischen in die Binsen gegangen - die zweite Enttäuschung.

Die "Politik der kleinen Schritte" hat Bankrott gemacht. Sie hat nicht verhindern können, daß das Ministerium trotz allen guten Zuredens und "vernünftigen Vorschläge" nichts anderes als seine Interessen rücksichtslos und in letzter Zeit voller Tücke durchsetzt. Was hilft es, wenn sich die Studenten mit Firnberg zu einer Enquête über die Lehramts-Studienordnung zusammensetzen und Firnberg erklärt, daß sie zwar ruhig alle Meinungen anhören wird, daß es aber "objektive Kriterien jenseits von Zustimmung oder Ablehnung" der Betroffenen, der Studenten, gibt, nach denen sie sich in ihrer Entscheidung richten wird (so Firnberg auf der Enquête anfang Juli 1974).
Und das kann ja auch nicht anders sein. Denn die Interessen des Ministeriums und die der Studenten stehen einander schroff gegenüber: Die Maßnahmen des Staates stellen ein abgeschlossenes System der "Effektivierung" der Hochschulen im Interesse der Kapitalistenklasse dar. In möglichst kurzer Studienzeit mit möglichst wenig Geld eine möglichst willfährige Elite heranzuzüchten, die im Klassenkampf auf Seiten der Bourgeoisie steht - das ist das Einmaleins der Reform.
Oder, wie es im AHStG heißt: "... die Studierenden sollen jene Haltung erwerben, die in erhöhter Verantwortlichkeit gegenüber der demokratischen Republik Österreich und der menschlichen Gesellschaft zum Ausdruck kommt...Die Studierenden sind verpflichtet... sich dem Studienziel mit Gewissenhaftigkeit zu widmen.." (§1 und 5).
Konkret schaut die Reform dann so aus, egal, ob die StO gerade eingeführt werden wie auf der Phil. Fak.,oder die Verschärfung auf dem Boden schon vorhandener Studienpläne erfolgen:

-Erhöhung des Leistungsdrucks durch Erhöhung der Pflichtstundenanzahl,
-Verschärfung der Selektion und Disziplinierung durch Prüfungsdruck: Lehrveranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter und die Diplomprüfung nach dem ersten Studienabschnitt sind die wichtigsten Instrumente dazu. Fristen und Klauseln machen diesen Druck erst so richtig wirksam.
-Zulassungsbeschränkungen mit Hilfe von P.A.'s. Für ausländische Kollegen offener numerus clausus
-Vorschreibung des Studienganges (curriculum)

Dieses ganze System der Unterdrückung und Disziplinierung geht einher mit der Vorbereitung von polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungsmaßnahmen. Im UOG-Entwurf sind die entsprechenden Paragraphen formuliert. Sie dienen dazu jetzt schon die legistische Basis für die Säuberung der Uni von allen denen zu legen, die gegen die Angriffe des Staates kämpfen und nicht bereit sind zu kuschen. In letzter Zeit werden auch die Rufe nach einem eigenen Ordnungsrecht laut.

WELCHEN WEG MÜSSEN WIR GEHEN ?

Die Empörung der Studenten, über die einzelnen Maßnahmen des Staates, die diese Verschärfungen bringen, ist groß; aber mit Empörung allein ist es nicht getan. Der Staat ist hartnäckig bei der Durchsetzung seiner Pläne und wir müssen es ebenfalls sein. Vor allem muß klar sein, warum und wofür der Kampf geführt werden muß. Ohne diese Klarheit wird es keine Einheit der Studenten geben, die die Bewegung so dringend braucht wie ein Stück Brot, um nicht nur zu kämpfen, sondern in diesem Kampf auch Erfolge zu erringen.

Und gerade in dieser Auseinandersetzung mit dem Staat zeichnen sich immer deutlicher zwei verschiedene Auffassungen ab, wie der Kampf zu führen ist:

Die einen setzen nach wie vor ihre Hoffnungen in den Staat und wollen ihn durch Kampf dazu bringen, ein "besseres" Studium einzuführen. Die Vertreter dieser Linie, Teile der ÖSU sowie VSStö und KSV lenken deshalb jetzt alles auf die Erstellung eines Alternativstudienplanes, in dem die "Interessen der Studenten" zum Ausdruck kommen sollen. Von dieser Position aus, die bisher permanent Schiffbruch erlitten hat, läßt sich kein konsequenter Kampf gegen die Maßnahmen des Staates führen und die Vertreter dieser Linie werden immer einen Ausgleich der Interessen suchen, um zu einer Lösung zu kommen. Das ergibt sich daraus, daß diese Leute den Gegensatz zum Staat nicht in seiner beträchtlichen Schärfe sehen. So ist es auch kein Wunder, daß der KSV auf der HV der Soziologie in seiner Resolution die Forderung:"Weg mit der Studienordnung" - die einzig konsequente Zurückweisung der Angriffe gar nicht erst aufgestellt hat !

Politisch bedeutet die Linie, vom Staat eine gesicherte Ausbildung und eine Vorbereitung auf eine "sinnvolle" bzw. "demokratische" Berufspraxis zu verlangen. Das läuft auf nichts anderes hinaus, als gegenüber den Studienverschlechterungen an einer gesicherten und privilegierten studentischen Existenz festhalten zu wollen, bzw. zu glauben, eine Änderung der Gesellschaftsverhältnisse ohne Sturz des bürgerlichen Staates herbeiführen zu können, indem der Staat aufgefordert wird zu "demokratisieren".

Stattdessen müssen alle fortschrittlichen Studenten sehen: Wenn der Staat die HS reformiert, dann deshalb, weil er in Zeiten, wo sich die Klassengegensätze und alle kapitalistischen Widersprüche verschärfen, die Ausbildung der Ideologen, Funktionäre, technischen Fachleute und Manager der Bourgeoisie effektivieren muß. Die Heranbildung einer dem Staat und der bürgerlichen Ideologie treu ergebenen Elite kann aber nur

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation; für den Inhalt verantwortlich: Herbert Veranic, alle Mölkergasse 3, 1080 Wien

unter Druck und Disziplinierung erfolgen. Die Studenten werden unterdrückt um sicherzustellen, daß sie später bessere Unterdrücker des Volkes sind. Demgegenüber dürfen die Studenten nicht versuchen, irgendwelche Privilegien aufrechtzuerhalten und einen Mittelweg zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu suchen. Sondern sie müssen bewußt mit der bürgerlichen Ideologie brechen, sich auflehnen gegen die Rolle, die sie im Kapitalismus zu erfüllen haben, und das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus eingehen.

Gegen die Angriffe des Staates auf der HS müssen wir den entschiedenen Kampf um die Rechte und die Ellbogenfreiheit führen, die wir brauchen, um gegen die auf der HS verbreiteten wissenschaftlichen Anschauungen und Meinungen der Bourgeoisie zu rebellieren und eine breite Debatte über alle Fragen des Klassenkampfs zu führen, um so möglichst viele Kollegen für den revolutionären Standpunkt der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Nur von diesem Ziel her kann der Kampf gegen die Studien reform erfolgreich sein. Nur auf dieser Linie kann die Bewegung eine längere politische Widerstandskraft entwickeln. Nur auf dieser Linie lohnt es sich überhaupt, einen beharrlichen Kampf um unsere Rechte zu führen.

Es zeigt sich also heute schon an jeder Frage, wo die Gegensätze zwischen Studenten und Staat aufbrechen, daß die Studenten um die Entscheidung im Klassenkampf nicht herumkommen, sondern vor der Alternative stehen: Entweder an den Annehmlichkeiten und Privilegien ihrer Sonderstellung festzuhalten und sich auf seiten der Reaktion oder sich bewußt auf die Seite der Revolution zu stellen und unter Führung der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu kämpfen.

WAS SIND DIE NÄCHSTEN SCHRITTE ?

Heute sind die Widerstandsaktionen der Studenten noch sehr zersplittert. Die ungleichzeitige Durchsetzung der Reform hat sich als ideales Mittel erwiesen, um die Studenten zu spalten. An vielen Instituten (v.a. an der Phil.Fak.) werden jetzt erst Studienordnungen beschlossen und gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, die die neuen StO's und Pläne vorwegnehmen, um die Studenten daran zu "gewöhnen". Aber diese Maßnahmen haben nur dazu beigetragen, den Studenten klar zu machen, daß sie sich nicht nur gegen einzelne Verschärfungen, sondern gegen das ganze System der Angriffe durch die StO's zur Wehr setzen müssen.

Auf anderen HS (z.B. Technik) gibt es schon lange Studienpläne und die Studenten wehren sich jetzt gegen den darauf basierenden Druck und gegen neue Verschärfungen. Die Forcierung der Reform schafft also selbst die Basis für den einheitlichen Kampf, egal ob gegen die Einführungen oder die Auswirkungen der Studienpläne. Denn schließlich liegt ja allen diesen Maßnahmen das AHSTG zugrunde, in dem die wesentlichen Richtlinien bereits enthalten sind. Weil die Rechte der Studenten, wenn auch mit verschiedenen Mitteln überall angegriffen werden, ist es möglich einen einheitlichen Kampf zu führen. Weil das Ministerium einen systematischen und entschlossenen Angriff durchführt, ist es unbedingt nötig gemeinsam dagegen aufzu treten. Nur die Einheit ist unsere Stärke.

Die wesentlichen Rechte, für die alle Studenten eintreten müssen, sind:
- Freier Zugang zu allen Lehrveranstaltungen
- Freie Wahl der Prüfer, der Prüfungsthemen und der Prüfungsbedingungen; Öffentlichkeit aller Prüfungsangelegenheiten
- Freiheit der Kritik und Auseinandersetzung in allen Lehrveranstaltungen
- Freie politische Betätigung

Um die Einheit der Studenten zu erreichen, müssen sich alle fortschrittlichen Studenten auf ihren Instituten zusammenschließen und ein Kampfprogramm aufstellen, in dem sie klar aufdecken, mit welchen Mitteln der Staat und die Professoren ihre Rechte einzuschränken versuchen und sie müssen Kampfaktionen wie z.B. Streiks und Institutsbesetzungen durchführen. Die Erfahrungen auf den naturwissenschaftlichen Istituten haben gezeigt, daß dies ein gutes Mittel ist, um die Kollegen zu mobilisieren. Um aber wirkliche Erfolge zu erzielen ist das nicht ausrechend. Dazu müssen sich die Studenten der Institute und Hochschulen zusammenschließen und ein gemeinsames Kampfprogramm erstellen. Die von den Physikern und Mathematikern geforderte Hörervollversammlung, die anfangs nächster Woche stattfinden soll, wird eine gute Gelegenheit bieten, um die Bewegung zu vereinheitlichen. Wir müssen uns auf einen langfristigen und beharrlichen Kampf einstellen und können keine leichten Erfolge erwarten. Als nächsten Schritt schlagen wir deshalb eine Demonstration vor, um die Breite der Protestbewegung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Doch auch das wird noch nicht ausreichen und wir müssen uns auch auf andere Kampfmittel und eine nationale Bewegung orientieren.

Die Unruhe, die auf der HS gegen die Maßnahmen des Staates entsteht, ist der schwache Punkt in seinen Plänen. Die Studenten lassen sich nicht länger die Disziplinierungsmaßnahmen durch den Staat gefallen. Jeder Versuch zur Einschüchterung und Niederhaltung wird deshalb die Rebellion nur verstärken und neue Argumente für die Notwendigkeit des Kampfes liefern. Das Ministerium ist bereits nervös geworden. Es hat allen Grund dazu. Der Stein, den die Reaktionäre erhoben haben, wird ihnen auf die eigenen Füße fallen.

Schließen wir uns unter folgenden Forderungen zusammen:

- Freier Zugang zu allen Lehrveranstaltungen
- Freie Wahl der Prüfer, der

Prüfungsthemen und der Prüfungsbedingungen; öffentlichkeit aller Prüfungsangelegenheiten
- Freiheit der Kritik und Auseinandersetzung in allen Lehrveranstaltungen
- Freie politische Betätigung
- Weg mit der ersten Diplomprüfung
- Weg mit der STO
- Weg mit allen Bestimmungen im AHStG, die den Rechten der Studenten widersprechen

W.W.

Abwahl des ZA-Vorsitzenden Schneider:

DER SUMPF DER BÜRGERLICHEN STUDENTENGRUPPEN BRICHT AUF!

In der letzten Sitzung des ZA der ÖH wurde Vorsitzender Schneider mit 37 zu 15 Stimmen abgesetzt. RFS und VSStÖ hatten ihm gemeinsam finanzielle Unregelmäßigkeiten, Selbstherrlichkeit und Mißachtung der anderen ZA-Fraktionen vorgeworfen. Aus dem Stimmenergebnis geht hervor, daß 9 Mandatare der ÖSU gegen Schneider gestimmt haben müssen, obwohl er Mitglied der ÖSU ist und von ihr zum Vorsitzenden gewählt worden ist.

Schneider selbst hat die Niederlage nicht ohne weiteres hingenommen und hat aufgedeckt, daß 6 Vertretungsvollmachten bei der Abstimmung gefälscht waren. Einzig und allein der VSStÖ hat bisher glaubhaft den Fälschungsvorwurf zurückweisen können. Jedoch hat er sich ebenfalls nicht entblödet, ebenso wie Schneider und die sogenannten linken ÖSU'ler, das Ministerium anzurufen, es möge doch Klarheit schaffen und eingreifen. Statt sich gegen Aufsichtsrecht und Beschneidung des Rechtes auf Bildung von Vertretungskörperschaften zu wehren, fordern die Studentengruppen den bürgerlichen Staat noch auf, in die inneren Auseinandersetzungen innerhalb dieser Vertretungskörperschaft einzugreifen und erheben damit die Unselbständigkeit der Studentenschaft zum Wunsch der Studenten !

Mit der Abwahl Schneiders ist die Spaltung der ÖSU unvermeidlich geworden. In der ÖSU gibt es drei Fraktionen, die sich wild bekämpfen, die aber alle drei einzeln zu schwach sind, um die anderen beiden niederzuringen. Die eine Gruppe schart sich um, allen Studenten wohlbekannte, Reaktionäre wie Ketzer und Karasek; sie treten für eine möglichst enge Bindung der ÖSU an die ÖVP ein, ihr Programm ist offen reaktionär, sie stellen sich mit allen Mitteln der fortschrittlichen Bewegung unter den Studenten entgegen. Die Gruppe um Schneider verfolgt die gleichen Ziele, wie die um Karasek: Niederwerfung aller selbständigen Regungen in der Studentenschaft. Allerdings mit anderen Mitteln. Sie tritt mit außerordentlicher, oft radikaler Demagogie auf, um immer dann, wenn es hart auf hart geht, sich offen auf die Seite des Staates und der Reaktionäre zu stellen (Lehramts-StO, Ausländer). Schneider ist es darüberhinaus gelungen, enge Verbindungen mit dem Staatsapparat zu knüpfen und das Ansehen des ZA durch den Ausbau des ZA-Apparats in der Bourgeoisie zu heben. Diese beiden Gruppen streiten ausschließlich, wenn auch in verschiedenen Gewändern, um die Hegemonie bei der Unterdrückung der Studentenschaft, sowie um die Verbindungen zum Staatsapparat.

Die dritte, sogenannte "linke" Gruppe in der ÖSU, die dort sicher keinen langen Verbleib mehr haben wird, ist ein Haufen prinzipienloser, lamßloß

maßlos ehrgeiziger Intriganten vom Schlage der Kollegen der ÖH der Technik. Diese Demagogen haben z.B. dem Antrag der ÖSU im ZA auf Verurteilung der Aktivitäten der fortschrittlichen Studenten zugestimmt, um dann ein Flugblatt gemeinsam mit fortschrittlichen Studenten herauszugeben, in dem diese Beschlüsse des ZA verurteilt werden ! Diese Leute spiegeln eine Strömung in der Studentenschaft wider, die sich zunehmend radikalisiert, die verärgert sind über die ablehnende Haltung des Ministeriums ihren Reformvorschlägen gegenüber und die jetzt in verdächtige Nähe der Reformisten geraten, ohne jedoch ihre reaktionären Anschauungen auch nur irgendwie abgelget zu haben. Zugleich sind sie maßlose Karrieristen die ebenfalls um Einfluß auf den Staatsapparat und um Verbindungen zu ihm kämpfen, zwecks späterer Posten.

Indem wir ihre wirklichen Absichten und Taten gegenüber ihren Worten bloßlegen, werden wir ihnen ihre demagogische Maske vom Gesicht reißen können und ihre Versuche, die Studentenschaft zu beruhigen, vereiteln.

Bezeichnenderweise betrachtet der VSStö diese Leute als seine natürlichen Verbündeten und hofft einzelne von ihnen für seine Organisation zu gewinnen. Die Grenzen zwischen den Anschauungen dieser Leute und denen des VSStö sind fließen. Allerdings ist der VSStö nicht bereit sein Ansehen bei einem Teil der Studentenschaft aufs Spiel zu setzen, indem er offen eine Koalition mit derartig diskreditierten Leuten eingeht, oder gar einen Vertreter dieser Gruppe unterstützt. Daher wird Kollege Cap vom VSStö für den ZA-Vorsitz kandidieren.

Auch der RFS mischt in diesem Ringen mit. Er will für die Masse der rechten und reaktionären Studenten vertrauenswürdig erscheinen und schwankt so zwischen Kooperation gegen die fortschrittlichen Studenten mit der ÖSU und dem Kampf gegen die ÖSU hin und her, indem er ihr vorwirft, nicht reaktionär genug zu sein.

Diese Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Studentengruppen , ihre Spaltungen wie bei der ÖSU, ergeben sich aus der veränderten Situation an der Uni und der Tatsache, daß die einzelnen Gruppen auf diesen Wandel sich noch nicht haben einstellen können und noch keine richtige Linie gefunden haben.

Diese Uneinigkeit ist etwas Gutes: sie schwächt die Front der bürgerlichen Studentengruppen und zeigt zugleich den Studenten, was von diesen Gruppen zu halten ist.

G.F.

Die direkten Aufnahmebeschränkungen bestanden darin, daß nur 15 Studenten pro Assistent aufgenommen werden sollten. Bei den indirekten sollten durch Schnellentwürfe am Anfang des Semesters die "überzähligen" hinausgesäubert werden.

Die Argumente der Professoren für diese Maßnahme waren umwerfend, aber nur was Zynismus betrifft: weniger Studenten könnten besser von den Assistenten betreut werden und durch die Schnellentwürfe sollte der Professor und die Kollegen selbst gleich zu Beginn sehen, ob sie schon einer Entwurfsübung 'gewachsen' seien, damit sie nicht 'unnütz ein ganzes Jahr verplempern'.

DIE STUDENTEN SCHLIESSEN SICH ZUSAMMEN...

Das war aber alles andere als überzeugend. Es bildete sich sofort ein Komitee von Studenten, das eine Hörerversammlung vorbereitete und die Linie des Kampfes gegen die Zulassungsbeschränkungen diskutierte.

Das Komitee organisierte (das erste Mal in unserer Studienrichtung) Agitationstrupps, die in alle wichtigen Lehrveranstaltungen gingen, den Studenten die Zulassungsbeschränkungen erläuterten und zur Hörerversammlung aufriefen.

Schon bei dieser Agitation fiel auf, daß wirklich großer Unmut herrschte, und so kamen auch ziemlich viele Studenten (110) zur Hörerversammlung. Ebenfalls anwesende Assistenten trugen durch teilweise naiv-freundliche Offenheit zur Entlarvung des Charakters der Schnellentwürfe (indirekte Zulassungsbeschränkung) und zur Klärung der Fronten in diesem Fall einiges bei: Auf der einen Seite die Studenten, die gegen jede Art von Zulassungsbeschränkungen waren, auf der anderen die Assistenten und Professoren, die im Interesse des bürgerlichen Staates solche Regelungen treffen wollten. Die Studenten beschlossen einstimmig eine Resolution, in der schärfstens alle Zulassungsbeschränkungen abgelehnt wurden.

...UND FÜHREN EINE INSTITUTSBESETZUNG DURCH..

Die durch diese Resolution hergestellte Einheit der Studenten bildete die Grundlage für die sofort darauf durchgeführten Kampfschritte, die unbedingt nötig waren um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Besetzung des Instituts von Prof. Schwanzer wurde als geeignet befunden, einstimmig beschlossen und sofort durchgeführt.

Die Besetzung bis zur vollständigen Erfüllung der Forderungen wurde dem Ministerium, dem Rektorat und den anderen Entwurfsprofessoren telefonisch mitgeteilt. Letztere wurden zum sofortigen Erscheinen am Institut Schwanzer aufgefordert. Mit dem besetzten Institut als Druckmittel verhandelten die anwesenden Studenten um die konkrete Durchsetzung der Resolution. Nach 2 Stunden konnten sie das Institut erfolgreich verlassen. Die Aufnahmebeschränkungen und die Schnellentwürfe als Instrument zum Hinaussäubern von Studenten waren beseitigt.

...DEREN ERFOLG JETZT VERTEIDIGT WERDEN MUSS

Die erreichte unbeschränkte Aufnahme zum Entwerfen war bereits am nächsten Tag bedroht. Es war ausgemacht, daß alle Anmeldungen auf eine alphabetische Liste kommen. Dadurch soll es Prof. Schwanzer unmöglich gemacht werden, die "überzähligen" einfach nach der Reihenfolge ihrer Anmeldung wegzustreichen. Die Assistenten aber fertigten eine 2. Liste nach ihren Vorstellungen an.

Durch die Bevollmächtigten der Hörerversammlung, die am 2. Anmeldungstag den vereinbarungsgemäßen Ablauf kontrollierten, mußten die Assistenten sehr nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß dies dem Abkommen widersprach, und die Studenten sich das nicht gefallen lassen würden. Schließlich gelang es die illegale Liste des Institutes zu vernichten.

Bleiben wir weiter wachsam und schließen wir uns in den Lehrveranstaltungen zusammen, um die Resolution der Hörerversammlung voll zu verwirklichen!

P.H.

50 000 ÖS unter den Nagel gerissen

Ein gewisser Werner Höbarth war der Verantwortliche der ÖH der TH-Wien in bezug auf die Datenverarbeitungsanlage. Diese druckte für die ÖH die Adressen der inskribierten Studenten aus. Normalerweise werden diese für den Versand von ÖH-Publikationen gebraucht. Aber auch die Industrie und diverse Institutionen haben größtes Interesse an den Adressen der Studenten. Sie bezahlen pro Adresse ÖS 1,50. Dieser Höbarth hat nun fleißig auf Antrag der privaten Interessenten Adressen ausgedruckt, verkauft und das Geld in seine Tasche gesteckt. Man hört von Summen um die 50.000 Schilling Als das Ganze zu bekannt wurde, wurde er seines Postens enthoben und er ist nun aus "gesundheitlichen Gründen" unauffindbar. Der Bundesvorsitzende der ÖSU, Stefan Kekeiss deckt ihn und versucht alles zu vertuschen. Kekeiss hatte Höbarth damals in dieses Geschäft eingeschleust, als er noch Hauptausschußvorsitzender der ÖH-TH war. Und jetzt hat er offenbar Angst. Hat er wohl auch einigen Dreck am Stecken?

P.R-b

Eiertanz der ÖSU in der Fakultätsvertretung Philosophie

In den letzten beiden Sitzungen der Fakultätsvertretung wurden Anträge zur Unterstützung des Kampfes der Soziologie-, Mathematik-, und Physikstudenten gegen die Studienordnungen gestellt. Wie sich die ÖSU dazu verhielt, ist wichtig zur Einschätzung ihrer Rolle an der Universität.

Erstens versuchen sie, den Kampf um Rechte umzukehren in ein Erbetteln von Privilegien. Sie stimmen zwar den Forderungen zu, die von den Studenten der Physik, Mathematik und Soziologie erhoben worden waren, versuchen jedoch, ihnen jeden fortschrittlichen Inhalt zu rauben. So lehnten sie beispielsweise den Passus des Antrags der Studienrichtungsvertreter Soziologie ab, in dem der Studienplan als "System der Reglementierung, Verschulung und Verschärfung des Studiums, der Selektion durch Erhöhung des Leistungsdrucks, der bürokratischen Willkür und der politischen Unterdrückung" dargestellt, und die Forderung charakterisiert wird, den Studenten die Auseinandersetzung mit Ausbildung und Beruf zu ermöglichen. Dadurch sollen die Ziele des Kampfes verwischt werden und der gerechte Kampf auf Streit um Privilegien hinauslaufen.

Zweitens versucht die ÖSU mit allen Mitteln den Kampf zu verhindern, und ihn durch Verhandlungen zu ersetzen. Sie lehnten den Antrag der MLS zur Unterstützung der Physik- und Mathematikstudenten ab, der konkrete Schritte zur Organisierung des Kampfes vorsah und forderten statt dessen die Studenten auf, in der Studienkommission alle Schritte zu unternehmen und erklären, "daß sich die Fakultätsvertretung bemühen sollte(!), bei der Argumentation und Organisierung der Maßnahmen der Physik- und Mathematikstudenten zu helfen(!)".

Natürlich lehnten sie auch alle Anträge ab, die die notwendige Organisierung von Kampfschritten auf Fakultäts- bzw. Universitätsebene verlangten und vorsahen.

Drittens verfolgt die ÖSU die Taktik der Spaltung. Sie versuchen, die einzelnen Studienrichtungen gegeneinander auszuspielen. So gab z.B. ÖSU-Knierzinger zu Protokoll, daß der Antrag der MLS "Kampfmaßnahmen pauschal unterstützt und ein Pauschalurteil über die anderen Studienordnungen fällt" (außer Physik und Mathematik, d.Verf.). Nun enthielt aber der MLS-Antrag genau diese "gemeinsame Basis", die allen Studienordnungen gleich ist: Forderungen gegen die drastische Erhöhung der Stundenzahlen, gegen die 6-Semesterfrist und die 3-Semesterklausel, gegen die Beschränkung der freien Wahl des Studienablaufs und die Einschränkung des freien Zugangs zu allen Lehrveranstaltungen, gegen das pädagogische Begleitstudium in den Lehramtsstudienordnungen. Diese Beschränkungen unserer Rechte finden eben "pauschal" in allen Studienordnungen statt, auch wenn die ÖSU das gerne bestreiten möchte. Die Taktik der Spaltung äußert sich dann so, daß die ÖSU eingebrachte Resolutionen in viele Einzelanträge zerstückelt, sodaß der Zusammenhang verloren geht, die Anträge sich überschneiden und möglichst verwirrend klingen.

Die Funktion der ÖSU an der Hochschule besteht also in nichts anderem als Verwirrung zu stiften, die Studenten zu spalten und vom Kampf um ihre Rechte abzuhalten. Die ÖSU ist nichts anderes als der Handlanger des Ministeriums unter den Studenten.

P.F.M.

JOUR FIXE
bei Firnberg

Am 13.11. gab Firnberg ein Jour fixe für Studentenvertreter im Ministerium. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Studienreform, die Studienbedingungen für ausländische Kollegen und die Wiedereinführung von Hochschultaxen. Der Zweck des Jour fixe bestand für das Ministerium darin, über die Studentenvertreter den Studenten zu vermitteln, wie es sich die Studienreform vorstelle und sie durchführen werde. Firnberg betonte dezidiert, es bestehe keine Verbindlichkeit für das Ministerium, Vorschläge der Studenten zu akzeptieren. Das Ministerium wird darauf nun insoweit eingehen, als sie den ministeriellen Plänen entsprechen, bzw. darin schon enthalten sind. Zur LA-STO stellte Firnberg fest, eine nochmalige Begutachtung des überarbeiteten Entwurfes komme überhaupt nicht in Frage, da bis spätestens Mai alle Vorbereitungen zur Durchführung dieses Entwurfes getroffen werden müssen. Prompt reagierten die Reaktionäre und Reformisten darauf. Fachschaftsleiter Prantz erklärte, da das Ministerium kein Interesse an einer konstruktiven Mitarbeit der Studenten an der LA-STO habe, sei es ihm im weiteren unmöglich, "den Willen der empörten Studenten zu bremsen" und er könne und wolle keine Verantwortung für die Ruhe an der HS mehr übernehmen. In diesem Sinne sprachen sich die übrigen reaktionären und reformistischen Studentenvertreter aus, und warfen Firnberg vor, die negative Haltung des Ministeriums zu konstruktiven Alternativvorschlägen werde "unnötige Konfrontationen" mit Studenten zur Folge haben.

Auf die fachspezifischen Studienordnungen angesprochen, hielt Ministerialrat Otruba fest, sie seien die bestmögliche Alternative zum gegenwärtigen Studium. Weiters führte er aus, die derzeitige Hörerzahl und die lange Studiendauer seien für das Ministerium in keiner Weise mehr tragbar, -also sei es notwendig, das lockere Studium durch ein "koordiniertes und reglementiertes" abzulösen. Laut Statistiken könne das Ministerium dadurch die Studiendauer um 2 Semester senken. Die Studienordnungen, erklärte Otruba, gewährleisten nicht nur ein "schnelles und effektives Durchlaufen des Studiums", und sind daher im Interesse der Studenten, sondern ermöglichen auch eine Steigerung der Leistung. Dieses Loblied auf die STO'en schloß Firnberg mit der Feststellung, das Ministerium werde keine STO zurückziehen und auf diesbezügliche Forderungen nicht eingehen. Hinsichtlich des N.C. für ausländische Kollegen erklärte Firnberg, das Ministerium werde auf keinen Fall den § 7 des AHStG novellieren, ebensowenig den Erlaß von 1972 zurückziehen, worin die unterschiedliche Behandlung der ausländischen Studenten und die N.C.-Bestimmungen gesetzlich abgesichert sind. Vielmehr werde das Ministerium in Hinkunft die ausländischen Botschaften informieren lassen, welche Studienbedingungen in Österreich herrschen, und ihnen nahelegen, die Maturazeugnisse schon im Heimatland überprüfen zu lassen.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt des Jour fixe war die Wiedereinführung von Hochschultaxen. Die HS-Taxen sind vor Jahren abgeschafft worden. Nichtsdestotrotz sind z.B. Chemiestudenten gezwungen, Praktikagebühren von S 150,- pro Semester und den Aufwand an Chemikalien (S 900,- im 3.Sem.) aus eigener Tasche zu bezahlen. Nun wirft das Ministerium den Chemiestudenten und den übrigen Studenten vor, durch sorgloses Umgehen mit Studienmaterialien dem Ministerium in "einer Zeit des Sparen" Mehrkosten verursacht zu haben. Diese Demagogie soll rechtfertigen, die Hochschultaxen wieder einzuführen. Die ÖSU und der RFS stiegen darauf sofort ein. Sie sahen darin nicht nur ein geeignetes Mittel, die Ausbildungskosten für den bürgerlichen Staat zu senken, sondern auch ein Mittel, die Studenten verstärkt zum "Verantwortungsbewußtsein" gegenüber dem Studium zu erziehen.

Die Haltung des Ministeriums beim Jour fixe zeigt deutlich, daß es fest umrissene Pläne zur Unterdrückung der Studenten an der HS hat, die notwendig sind, um eine schnelle, effektive und billige Ausbildung zu organisieren. Diese Pläne verteidigt es mit unverhohlener Härte gegenüber allen Angriffen von Seiten der Studenten.

Nur eine breite, entschlossene Kampffront der gesamten Studentenschaft wird die reaktionären Maßnahmen zurückschlagen und die Pläne dafür zerreissen können. Der Weg, sich's mit reaktionären und reformistischen Alternativentwürfen zu richten, hat sich am Jour fixe eindeutig als Variante dessen erwiesen, was das Ministerium tut.

J.B.

ERHÖHUNG DER HEIZKOSTEN
Mieter organisieren den Widerstand

Der Aufsichtsrat der Wiener Gemeindeholding, der neben dem Bauring auch die Heizbetriebe angehören, unternahm einen ungeheuerlichen Anschlag auf die Benützer der Fernwärme: er verteuerte die Heiztarife um 60 %!

Erhöhung: Spalttarif:	S 1,70 auf S 2,40/m^2
(Grundpreis u.Verbrauchserpreis)	S 157.- auf S 251.-pro Gigakalorie
Einfacher Tarif: (Nur Verbrauch)	S 285.- auf S 454.-pro Gigakalorie

Dazu bemerken die Heizwerke zynisch (in der Verständigung an die Mieter) : "Die neuen Preise verstehen sich ohne Mehrwertsteuer." Ungefähr 40.000 Mieter in ganz Wien werden davon betroffen. Für jeden von ihnen bedeutet diese Erhöhung mehr als S 1.500 Mehrkosten im Jahr. Nicht wenige bezahlen aber schon jetzt S 6.000 bis S 7.000. Für sie steigen die Heizkosten jetzt auf über S 11.000 an. Zins, Rückzahlungen für die Grundaufschließungskosten und Heizkosten machten bisher schon S 2.000 im Monat aus.

Für die Einrichtung der Wohnungen verschuldeten sich die Mieter vollständig. Eine Frau erzählte: "S 3.000 kostet mich die Wohnung im Monat. Mein Mann ist seit längerer Zeit krank und bekommt nur mehr 50% des Lohnes. Ich arbeite halbtags, aber für unsere zwei Kinder können wir kaum mehr genug zum Essen kaufen."

In die Hansson- oder Großfeldsiedlung kommt deshalb alle Wochen der Möbelwagen und eine Familie, die sich die Wohnung nicht mehr leisten kann, wird delogiert.

DIE MIETER SCHLIESSEN SICH IN KOMITEES GEGEN DIE GEMEINDE WIEN ZUSAMMEN

Als der Antrag auf Erhöhung bekannt wurde, gab es für die Bewohner der betroffenen Siedlungen zwei Möglichkeiten: Entweder sie lassen sich widerstandslos durch die Gemeinde, den Staat und die Kapitalisten ausplündern und nehmen jede Tarif- und Preiserhöhung kampflos hin. Oder sie wehren sich organisiert. Ein Arbeiter sagte das so: "Wenn wir uns jetzt nicht gemeinsam wehren, dann werden die Heizkosten nächstes Jahr wieder erhöht, das Jahr darauf wieder und so fort." Deshalb entstanden sowohl in der Hansson- als auch in der Großfeldsiedlung ein Mieterkomitee gegen die Heizkostenerhöhung. Auf der Grundlage der beiden Forderungen "Rücknahme des Antrages auf Erhöhung" und "Der zuständige Volksvertreter soll sich den Mietern zur Diskussion stellen" organisierten sich die Mieter. Sie verteilten Flugblätter, klebten Plakate, auf Ständen wurden Unterschriften gesammtelt. Immer mehr Mieter kamen zu den Treffen des Mieterkomitees in der Großfeldsiedlung, besonders als die tatsächlich beschlossene Erhöhung, nämlich 60 % bekannt wurde.

DURCH EINHEITLICHES UND ENTSCHLOSSENES AUFTRETEN ERRINGEN DIE MIETER EINEN ERFOLG

Die Gemeinde Wien, aufgeschreckt durch diese Volksbewegung, reagierte auf ihre Weise: Die im Volksheim in der Hansson-Siedlung und im Haus der Begegnung in der Großfeldsiedlung gemieteten Räume wurden den Komitees verweigert. Und das obwohl sie zur betreffenden Zeit frei waren! Da es in keiner der beiden Siedlungen einen anderen Ort gibt, wo sich die Bewohner versammeln können, sollten auf diese Weise die Komitees schnell und lautlos abgewürgt werden.

In der Hansson-Siedlung glückte das der Gemeinde auch teilweise. In Privatwohnungen zurückgedrängt konnte das dort-



ige Komitee keine breite Basis entwickeln. Erst der Fortschritt der Bewegung in der Großfeldsiedlung gab den Mietern in der Hanssonsiedlung neuen Auftrieb.

In der Großfeldsiedlung lernte man aus den Erfahrungen der Hansson-Siedlung. Als über 80 Mieter, die am Komitee teilnehmen wollten, vor dem leeren Saal standen, den man ihnen verweigerte, gingen sie nicht wieder nach Hause. Sondern sie nahmen sich das Recht, sich in dem aus Steuermitteln erbauten "Haus der Begegnung" zu versammeln: sie gingen einfach in den Saal! Die eilends herbeigeholte Polizei konnte die Mieter nicht einschüchtern. Ein älterer Herr meinte: "Die Polizei muß mich schon hinaustragen, wenn sie mich aus dem Saal haben will!" Die Anwesenden setzten durch, daß sich der Verwalter vor ihnen allen verantworten mußte. Er gab zu, auf Anordnung von Landtagsabgeordneten Wiesinger den freien Saal verweigert zu haben. (Herr Wiesinger ist Vorstand des Vereins, der im Interesse der Gemeinde die soganannte 'Volksbildung' verwaltet.)

In einem einstimmigen Beschluß wurde von den anwesenden Mietern gefordert: das aus den vom Volk herausgeholten Steuern erbaute "Haus der Begegnung" muß den Bewohnern der Großfeldsiedlung für Versammlungen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Als sich die Gemeinde der einheitlichen und entschlossenen Haltung der Mieter gegenüber sah, mußte sie einen Rückzieher machen. Seitdem steht das "Haus der Begegnung" dem Mieterkomitee regelmäßig für Versammlungen zur Verfügung - und das nicht zu dem ursprünglich verlangten Preis von S 1.800 sondern um S 500. Ein wichtiger Erfolg der Mieter!

DIE INTERESSEN DER MIETER UND DER GEMEINDE LASSEN SICH NICHT UNTER EINEN HUT BRINGEN

Von allem Anfang an gab es in den Komitees zwei politische Linien. Die Einen sagten: "Eine gewisse Erhöhung ist schon gerechtfertigt. Schließlich ist alles teurer geworden - besonders das Öl! Nur soviel (zuerst 40% gefordert, dann 60% beschlossen) soll es nicht sein. Vollständige Rücknahme der Heizkostenerhöhung ist eine unrealistische Forderung!"
Die Anderen meinten: "Nur eine vollständige Rücknahme der Erhöhung entspricht dem Interesse der Mieter. Wir haben nur einen bestimmten Lohn, bzw. Gehalt und mit dem müssen wir auskommen. Alles wird teurer, wir können uns keine weiteren Erhöhungen leisten!"

Fast bei jedem Treffen der Mieter wurde über die richtigen Forderungen diskutiert. Man zog Vergleiche zum Kampf gegen die Heizwerke im Jahr 1971. Damals hatte es sich gezeigt, daß trotz Hilfe von Sachverständigen und besten Rechtsanwälten beim bürgerlichen Gericht für die Mieter nichts zu holen ist. Das ist nicht verwunderlich. Das bürgerliche Gericht gibt natürlich der Gemeinde wie jedem Kapitalisten das Recht, aus den Käufern seiner Ware herauszuholen, was nur irgendwie geht.

Vom Standpunkt der Gemeinde Wien aus ist es "gerecht", die Investitionen möglichst schnell wieder hereinzuholen und dann einen "vertretbaren" Profit zu kassieren. Vom Standpunkt der Mieter aus ist jede Erhöhung ungerechtfertigt. Ihr Lohn reicht in einer Zeit, in der alles teurer wird, immer weniger. Kein Sachverständiger kann ihnen weiterhelfen, wenn sie kein Geld mehr haben.

Die Interessen der Gemeinde und der Mieter sind eben entgegengesetzt. Das zeigte sich auch, als man eine neu vorgeschlagene Forderung diskutierte: "60% Heizkostenerhöhung sind zuviel, das können wir uns nicht leisten!" Sofort erhob sich die Frage: 60% Erhöhung sind angeblich zuviel - aber was ist nicht zuviel, 20%, 40%, 50% ?
Jeder Versuch der Mieter, sich auf irgendeine Kalkulation zu einigen, würde zu einer hoffnungslosen Aufspaltung des Komitees führen. Man könnte nur, so schlug auch ein konsequenter Vertreter der bürgerlichen Linie vor, von Tür zu Tür gehen und fragen, wieviel jeder zahlen will..

Wenn man auf die Unkostenargumentation der Gemeinde eingeht (z.B.Öl!), dann muß man jeder von ihr geforderten Erhöhung zustimmen. Denn die Kalkulationen der Gemeinde ergeben das, was sie für notwendig hält und das ist eben der Preis, den sie gegen die Mieter durchsetzen kann. So steht es auch in der österreichischen Gemeindezeitung: "Der Heiztarif für Fernwärme ist dann "gesund", wenn er über dem aller anderen vergleichbaren Heizmöglichkeiten liegt." Das kann er deshalb, weil es für die Mieter der Gemeindebauten in den Siedlungen praktisch keine andere Heizmöglichkeit gibt.
Worauf es ankommt, ist der Logik der Ausplünderung entgegenzutreten und das heißt: keine Erhöhung. Was man erreicht, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses.
Je breiter die Bewegung ist, je einheitlicher und entschlossener die Mieter gegen die Gemeinde vorgehen, desto mehr werden sie erreichen.
Dazu braucht man eine Forderung, hinter die sich alle stellen können, eine Forderung, die vom Interesse der Mieter ausgeht und von nichts anderem. Nur die Forderung: Sofortige Rücknahme der Heizkostenerhöhung tut das!
Die Mieter der Großfeldsiedlung kamen auf Grund langer Diskussionen zu dieser Meinung. Auf einer Vollversammlung des Mieterkomitees wurde beschlossen, diese Forderung als Forderung des Komitees aufzustellen.

DIE POLITISCHE LINIE DER KPÖ SCHWÄCHT DIE BEWEGUNG DER MIETER

In der Auseinandersetzung um das Vorgehen der Mieter schwankten die KPÖ-Revisionisten im Komitee wie ein Blatt im Wind. Lange Zeit er-

WAS DIE GEMEINDE AN TEUERUNGEN PLANT

Die Gemeinde ist gegenwärtig dabei, eine beispiellose Offensive gegen die wiener Bevölkerung durchzuführen. Sie ist entschlossen, nahezu alle Tarife massiv zu erhöhen, und sich damit noch höhere Einnahmen aus der arbeitenden Bevölkerung zu holen.

Bis Oktober sind erst einige "Kleinigkeiten" erledigt worden: Einführung der Biersteuer, Erhöhung der Gebühren auf den Friedhöfen, der Tarife in den Altersheimen, der Pflegesätze in den gemeindeeigenen Krankenhäusern, Erhöhung der Tarife bei den Krankentransporten und dgl.

Sie waren allerding z.T. im Vergleich zu den anderen Preissteigerungen nicht besonders stark oder nicht besonders spürbar: so fällt z.B. die Anhebung der Pflegesätze in den Krankenhäusern zuerst einmal den Krankenkassen auf die Tasche und erst in der Folge - etwa über Beitragserhöhungen - den versicherten Lohnabhängigen.

Der erste große und massiv spürbare Schlag der Gemeinde erfolgte Anfang November - gegen die Fernwärmebezieher. (siehe Artikel). Zur Zeit wird über ein ganzen Paket von weiteren Tariferhöhungen im Geheimen verhandelt. Geplant sind: eine über 3o% Strom-, eine ca. 70 % Gas-, sowie eine 20 bis 100% Fahrpreiserhöhung auf den öffentlichen Verkehrsmitteln. Mit 1.Jänner werden die Mieten in den Gemeindebauten angehoben, die Anwendung des berüchtigten § 7 wird vorbereitet.

Die vorgesehen Preiserhöhungen bei den Verkehrsbetrieben sehen folgendermaßen aus:

o der normale Fahrschein soll von S 6.-auf S 8.-,d.h. um 33%, der Vorverkaufsfahrschein von S 5.-auf S 6.-,d.h. um 20 % angehoben werden

o der Kinderfahrschein soll von S 2.-auf S 4.-steigen.

o die 5-Tage Streckenkarte zu S 36.-soll abgeschafft und eine 5-Tage Netzkarte zu S 54.-umgewandelt werden. Das bedeutet eine Verteuerung von 50 %.

o die 6-Tage Streckenkarte zu S 43.-soll abgeschafft und in eine 6-Tage Netzkarte zu S 66.-umgewandelt werden. Das ist um 53 % mehr.

Ganz abgesehen von dem unverschämten Plan, die Preise um bis zu 100 % hinaufzusetzen, werden die arbeitenden Menschen auch noch dadurch verhöhnt, daß als "Zuckerl" ihre Streckenkarten in Netzkarten umgewandelt und dafür um 50 % verteuert werden. Als ob ein Arbeiter oder Angestellter am Wochentag Zeit hätte, in der Stadt herumzufahren!

Die Gemeinde ist sich aber offensichtlich selbst im Klaren darüber, daß ihre Offensive bei den Volksmassen auf Widerstand stoßen wird, und hat sich deshalb gründlich darauf vorbereitet. In diesem Zusammenhang muß man nämlich die große Propagandaoffensive sehen, die die Gemeinde eingeleitet hat: Alle Wiener werden in der nächsten Zeit eine kostspielige Broschüre erhalten, in der die "Erfolge" der Gemeinde und ihre ganze volksfeindliche Politik angepriesen werden sollen getreu der Devise : "Jeder Wiener hat das Recht zu erfahren, was in seiner Stadt geschieht". Die Änderung der Stadtverfassung liegt ebenfalls auf dieser Linie.

klärten sie den Weg zum bürgerlichen Gericht für falsch. Dann waren sie plötzlich bereit, einen Rechtsanwalt zur Verfügung zu stellen. Zuerst stellten sich auch die Revisionisten hinter die Forderung: Sofortige Rücknahme der Erhöhung der Heizkosten! Als die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Kräften um diese Forderung an Schärfe zunahm, fielen die KPÖler im Komitee wieder um. Sie sagten, stellen wir jetzt nur fest: "Die 60% Erhöhung ist zuviel, das können wir uns nicht leisten."
Diese Schwankungen erfolgten immer mit der Begründung, die Einheit wahren zu wollen. Aber so eine Forderung verhindert gerade die Einheit: die Einen beziehen alles auf die Erhöhung, die anderen auf die 60 %.
Das Vorgehen der Opportunisten in der Großfeldsiedlung entspricht voll und ganz der üblichen Politik der KPÖ: Vertuschen der vorhandenen Widersprüche. Versöhnen, wo es einfach einander widersprechende Politik gibt. Unter dem Vorwand der Einheit wird gespalten. In diesem Fall: die Einheit der Mieter gegen die Gemeinde wird gespalten zugunsten der Versöhnung, der Einheit mit der Gemeinde.

KÄMPFERISCHE PROTESTVERSAMMLUNG IN DER GROSSFELDSIEDLUNG

Am 9.11. fand in der Großfeldsiedlung eine Protestversammlung gegen die Heizkostenerhöhung statt, an der 600-800 Personen teilnahmen. Mehrere Redner wiesen in ihren Beiträgen die Versuche der Gemeinde Wien zurück, die Mieterbewegung zu schwächen und zu spalten. Dem Versuch der Gemeinde, die Besitzer von Fernwärme gegen die übrigen Wiener auszuspielen, setzten sie das gemeinsame Interesse des Volkes entgegen, sich gegen die Ausplünderung durch die Gemeinde zu wehren.

Der Argumentation der steigenden Kosten auch für die Gemeinde Wien wurde entgegengehalten, daß das Volk kein Interesse daran haben kann, daß die Schwierigkeiten, in die sich das kapitalistische System manövriert, auf ihrem Rücken ausgetragen werden.
Die verantwortlichen "Volksvertreter" der Gemeinde waren eingeladen worden, sich auf dieser Versammlung den Mietern zur Diskussion zu stellen. Sie kamen nicht! Die Anwesenden stimmten dem Vorschlag, eine Demonstration von der Oper zum Rathaus durchzuführen zu, um Sympathie und Unterstützung im Volk zu gewinnen.
Diese Demonstration, die von den Komitees der verschiedenen Siedlungen organisiert wird, findet am 28.11. um 17 h (Treffpunkt Oper) statt.
Das ist ein schwerer Schlag gegen die Gemeinde: still und leise wollte sie die Erhöhung durchführen. Gerade das ist ihr nicht gelungen. Angesichts der vielen anderen Erhöhungen, die geplant sind und einen wahren Raubzug darstellen (siehe Kasten), bedeutet die entschlossene Gegenwehr der Mieter, daß die Gemeinde mit einer Bewegung konfrontiert ist, die Schule machen könnte. Gelingt es dem Volk, aus diesen Konfrontationen mit der Gemeinde gestärkt hervorzugehen, so sind günstige Bedingungen für die folgenden Auseinandersetzungen gegeben.

UNTERSTÜTZEN WIR AKTIV DEN GERECHTEN KAMPF DER MIETER GEGEN DIE PREISTREIBEREI

Wir müssen sehen: nur die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes können die kapitalistische Ausbeutergesellschaft und den Staat wirklich angreifen und folglich müssen wir diese Kämpfe voll und ganz unterstützen.
Wenn die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes sich zunehmend verschlechtert, mehren sich die Auseinandersetzungen. Wenn sie auch erst der Anfang sind, sie werden zunehmen und in ihnen wird sich auch die Erkenntnis durchsetzen, daß nur der Sozialismus mit all den Übeln radikal Schluß machen kann.
Wir Studenten dürfen dabei nicht an unserer besonderen Situation als Studenten festhalten und uns von den Auseinandersetzungen fernhalten, weil wir, wie etwa bei den Verkehrsmitteln, Privilegien in Form von kostenlosen Netz- und Streckenkarten haben.

BETEILIGEN WIR UNS AN DER DEMONSTRATION, UNTERSTÜTZEN WIR DIE MIETER IN IHREM GERECHTEN KAMPF!
KEINE HEIZKOSTENERHÖHUNG!

K.H.

Mathematikprofessoren in ihren Vorlesungen zur Rede gestellt

Die Übungen zu den Mathematikeinführungsvorlesungen "Differential- und Integralrechnung" und "Lineare Algebra" sind um einiges verschärft worden. Schön langsam ist in den letzten Jahren von freiwilliger Meldung zu den Beispielen dazu übergegangen worden, daß die Kollegen in den Übungen aufgerufen werden; außerdem wurden im Vorjahr Zwischen- und Abschlußprüfungen eingeführt. Und heuer spüren die Kollegen besonders deutlich, was das heißt: die Übungen sind vielfach so schwierig, daß die Kollegen nur noch mit den Ohren schlackern und nichts zusammenbringen.
Diese Verschärfungen haben natürlich ihren Sinn, passen sie doch haargenau in die Konzepte des Staats, die Hochschule auf dem Rücken der Studenten zu effektivieren. Professor Großer (Lineare Algebra) ist ja auch berufen worden wegen seiner mathematisch-didaktischen "Fähigkeiten". Diese bestehen darin, daß er (nach eigener Aussage) Lehrmethoden wählt, "um den Stoff den Studenten einzuhämmern, damit sie ihn jederzeit auf Befehl wiedergeben können". Er ist natürlich auch dafür, daß der Großteil der Studenten, denen das sogenannte "abstrakte Denken" nicht einzubleuen ist möglichst rasch auf der Strecke bleiben. Das ist genau die Linie, auf der das BuMiWuF das Studium reformieren möchte. So heißt es z.B. im sogenannten Assistentenerlaß, daß "die Intensivierung der Ausbildung und die Anwendung von lernintensiven Unterrichtsmethoden einen wesentlichen Bestandteil der Bestrebungen zur Neuordnung der Studien, insbesondere auch zu ihrer Verkürzung auf einen vertretbaren Zeitraum bildet."
Zu Recht protestieren die Studenten gegen diese Methoden des Drills. Sind doch solche Verschärfungen ein ausgezeichnetes Mittel in der Hand der Professoren, den politischen Bewegungsraum der Studenten auf ein Mindestmaß einzuschränken. Wenn man darauf aus sein muß, Übungsbeispiele möglichst rasch herunterzuleiern, wer fragt da noch lang, warum er das Ganze in den Kopf stopft; wer hat da noch Zeit und Gelegenheit, zu Hörerversammlungen zu gehen usw ?
Den Studenten war klar, daß man über den Schwierigkeitsgrad der Beispiele schlecht feilschen kann; was man fordern muß, ist v.a. die Veränderung des Prüfungssystems, so daß man in den Übungen mit schwierigen Beispielen nicht gepisackt und eingeschüchtert werden kann. Auf der Hörerversammlung am 22.10., auf der sich die gegen die neuen Studienordnungen streikenden Kollegen versammelt hatten, wurde einmütig festgestellt, daß man die neuen Studienordnungen nur bekämpfen kann, wenn man alle Maßnahmen, die sie vorwegnehmen, zu Fall bringt und es wurden daher die Forderungen erhoben:
Abschaffung der Zwischen- und Abschlußprüfung!
Ausschließlich freiwillige Meldungen!
Bei zwei (oder drei) freiwilligen Meldungen Ausstellung eines Übungszeugnisses!
Möglichkeit, durch Kolloquien ein Übungszeugnis zu erlangen!
Leichtere Übungsbeispiele!
Es gab eine Reihe von Kollegen die da sagten, wenn wir den Druck aus den Übungen zur Gänze beseitigen, dann wird kein "guter" Mathematiker mehr die Hochschule verlassen, denn wenn er nicht dazu gezwungen wird, dann lernt kein Student etwas. Darauf kann man nur antworten, daß es uns wirklich nicht darum gehen darf, ob "gute" oder "schlechte" Mathematiker ausgebildet werden. Denn was heißt "gute" oder "schlechte" Mathematiker in unserer Gesellschaft? Nur der ist ein "guter" Mathematiklehrer, der den Druck, dem er im Studium ausgesetzt war, getreulich an seine Schäfchen weitergibt, sie mit dem abstrakten Zeugs einschüchtert und selektiert. Nur der ist ein "guter" Diplommathematiker, der ohne lang zu fragen, die Produktion in seinem Betrieb auf dem Rücken der Arbeiterklasse rationalisiert. Und nur der ist ein "guter" Elite-Mathematiker, der in seinem Elfenbeinturm mit seinen Theorien herumspielt, ohne zu fragen, wozu sie verwendet werden. "Gute" Mathematiker sind im Kapitalismus allemal nur gute Mathematiker für die Bourgeoisie. Und so herum liefern die Großer-Hejtmanek-Methoden ganzausgezeichnete Mathematiker.
Gute Mathematiker, die dem Volke dienen, kann es erst geben, wenn die Arbeiterklasse und das Volk die politische Herrschaft erobert haben und die sozialen Verhältnisse radikal umgestalten. Solange die Bourgeoisie die Macht über die Hochschule hat, kann der subjektive Wunsch nach guten oder schlechten Mathematikern nicht die Leitlinie in unserem Kampf sein. Wir dürfen uns nur davon leiten lassen, jeder Einschränkung des politischen Bewegungsspielraumes entschieden entgegenzutreten.

In Abstimmungen in den Übungen über die Resolution der Streikversammlung zeigte sich, daß die Mehrheit der betroffenen Kollegen für die Forderungen eintritt. Die StR-Vertreter verfaßten daraufhin einen offenen Brief an die Professoren Hejtmanek und Großer, um den Forderungen der Kollegen Geltung zu verschaffen. Am Mittwoch, 6.11., stellten di

Studenten die Professoren zur Rede. Diese waren aber nicht bereit, den Forderungen nachzugeben. Hejtmanek konnte sich durch gefinkelte Argumente herausschwindeln, Großer versuchte es mit plumperen Methoden: so bezeichnete er die Abstimmungen als "manipuliert" usw. Damit erntete er aber nur Unwillensäußerungen. Nach einer Viertelstunde verdrückte er sich.

Warum ist es uns nicht gelungen, unsere Forderungen durchzusetzen?

Wir konnten unsere Forderungen nicht durchsetzen, weil wir für sie zu wenig entschieden und scharf gegenüber den Professoren eingetreten sind. Wir hätten uns durch die Tricks von Hejtmanek nicht verwirren und Großer nicht so einfach davonrennen lassen dürfen. Großers Rückzug zeigt seine schwache Position. Ebenso, daß er völlig kommentarlos seine Drohung, den Stoff der Mittwochstunde am Donnerstag nicht zu wiederholen, nicht wahr machte. In dieser Situation der Schwäche der Professoren hätte eine entschlossenere und kampfbereitere Studentenschaft ihre Forderungen bestimmt durchsetzen können. Freilich glauben noch etliche Kollegen, die Professoren mit guten Zureden überzeugen zu können. Das ist aber falsch! Diese Professoren sind erklärte Sachwalter des Ministeriums, und der bürgerliche Staat weiß ganz genau, was er mit seiner Reform will. Dem ist mit Bittgesuchen und "Verhandlungen" nicht beizukommen.

Es müssen jene zaudernden Kollegen, die noch Vertrauen in den Staat und seine Exekutoren haben, überzeugen, daß nur im Kampf gegen diese Institutionen unsere Rechte hergestellt werden können. Wir müssen die Front gegen die Verschärfungen in den mathematischen Einführungsübungen noch verstärken, um mittels weiterer Kampfschritte unsere Forderungen durchzusetzen.

Zelle Mathematik/Naturwissenschaften

Le chienlit c'est encore...

Einen Tag, nachdem sich Professor Großer vor den gegen die verschärften Übungen protestierenden Kollegen rasch verdrückt hatte, schloß er seine Vorlesung mit einem Zitat von General de Gaulle: "Il faut se debarasser du chienlit!" und ließ damit die Kollegen ratlos zurück.

Das Zitat läßt sich etwa übersetzen mit, "Man muß sich von den Hosenscheißern befreien!" (Chienlit heißt wörtlich Scheiße im Bett, kann auch so viel wie Mummenschanz bedeuten). Mit Chienlit hatte die reaktionäre französische Zeitung "Minute" im Mai 68 in Frankreich die rebellierenden Studenten bezeichnet, und de Gaulle hetzte mit obigen Worten gegen die Arbeiter und Studenten, die sich gegen die sozialen und politischen Verhältnisse auflehnten.

Großers Äußerung zeigt zweierlei: Erstens gesteht er offen ein, mit wem er sich in seinen Maßnahmen verbunden fühlt: mit der Bourgeoisie, die jeden Protest gegen die bestehenden Verhältnisse zu ersticken sucht.

Zweitens illustriert sie, wie rasch die Macht der Reaktionäre zerbröckelt, wenn sich die von dieser Macht Unterdrückten zusammenschließen: Noch vor kurzer Zeit hatte Großer gegen die fortschrittlichen Studenten gehetzt und keine Demagogie war ihm dafür zu verlogen, solange er einen Großteil der Studenten blenden konnte. Jetzt, wo die meisten Kollegen seine Machenschaften durchschaut haben, ist seine Macht verblaßt, und er getraut sich, seine Angriffe nur noch mit unverständlichen Zitaten vorzutragen. Vor den protestierenden Studenten hat er beinah selber in die Hosen geschissen und der mißglückte trotzige Versuch, am Tag des Streiks gegen die neuen StOen vor der tagenden Streikversammlung seine Vorlesung zum besten zu geben, war nicht mehr als kindischer Mummenschanz. Daher läßt sich auf Großer sehr gut die Antwort der fortschrittlichen Studenten im Pariser Mai auf de Gaulles Äußerungen übertragen: Sie haben in ganz Paris Karikaturen de Gaulles mit dem Text "La chienlit c'est encore lui!" (Der Hosenscheißer ist noch immer er!) plakatiert.

Daß sich dieser reaktionäre Professor seine Angriffe nur noch in Mirakeln vorzutragen getraut und daß er zu Beschimpfungen Zuflucht nehmen muß, das zeigt, daß er sich im Rückzug befindet. Wir hingegen sind in einer ausgezeichneten Lage, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Die Stellungnahme des Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zu den Forderungen der Physik- und Mathematikstudenten

Viele Studenten machen sich noch Illusionen darüber, daß das Ministerium freiwillig, ohne entsprechenden Druck, bereit sein könnte, Zugeständnisse zu machen. Diese Kollegen unterschätzen das planmäßige Vorgehen des Staates und so auch die Schärfe des Gegensatzes zwischen ihm und den Studenten. Am Beispiel der Verhandlungen der Delegation der streikenden Physik- und Mathematikstudenten können wir sehen, wie die Fronten wirklich verlaufen.

Allein schon der Empfang des Streikkomitees im Ministerium und die Argumente der Ministerialbeamten werfen ein bezeichnendes Licht auf den ganzen Charakter des bürgerlichen Staates. Erstens wurde die Komiteedelegation überhaupt nur gnadenhalber, "inoffiziell" empfangen. Die Hörerversammlung, bei der ca. 200 Kollegen das Komitee gewählt hatten, sei nämlich eine private Angelegenheit der Studenten und die Delegationsteilnehmer dürfen nur ausnahmsweise als "Privatleute" eine "Rechtsbelehrung" einholen. Als Verhandlungspartner der Studenten akzeptiert das Ministerium offensichtlich überhaupt nur jene Studentenvertretungen, die es im Vorjahr eingerichtet hat, um die Studentenbewegung zu kanalisieren.
Bei der Präsentation der einzelnen konkreten Forderungen stellte sich dann heraus, daß eigentlich das Ministerium für deren Erfüllung kaum kompetent sei, denn 3-Semesterklausel, Pflichtstundenanzahl usw. sei entweder vom Gesetzgeber (im AHStG) gefordert oder reine Angelegenheit der StK, also der Professoren, Assistenten und Studenten. Abgesehen davon, daß dies nicht stimmt, weil das Ministerium Teile seiner Verordnungen aussetzen kann, wie es etwa mit der 6-Semesterfrist bei den Maschinenbauern auf der TH geschehen ist, bzw. beim Beschluß der StOs das Ministerium keine Rücksicht auf die StKs nehmen muß, beleuchten diese Argumente die Funktion der Gewaltentrennung bzw. der Aufsplitterung der Exekutive in einzelne Behörden im bürgerlichen Staat: Nicht die Demokratie soll dadurch gewährleistet werden, wie es die bürgerlichen Ideologen immer wieder behaupten. Im Gegenteil. Keines der staatlichen Organe soll wegen seiner volksfeindlichen Maßnahmen zur Rechenschaft gezogen werden können; eine staatliche Institution schiebt der anderen die Verantwortung zu.

Den Vogel hat aber Ministerialrat Otruba abgeschossen, der gegenüber der Streikdelegation die Hochschulreform als im Dienst des gesellschaftlichen Fortschritts ausgab und die Forderungen der Resolution der Studenten als "grundsätzlich reaktionär" bezeichnete. Der Vertreter eines Staates, dessen ganze Existenz durch und durch reaktionär ist - er dient der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie und alle Maßnahmen, von der Militärpolitik bis zur Bildungspolitik, gehen von dieser Aufgabe aus - will Zensuren austeilen, was fortschrittlich und was rückschrittlich ist ! So etwas kann natürlich nur danebengehen. So ein durch und durch verlogenes Gerede hat aber ohnehin nur den Zweck die eigenen Maßnahmen als fortschrittlich hinzustellen, um alle Forderungen der Studenten halt ablehnen zu können.

Sicher, an sich sind die Forderungen für freien Zugang zu allen Lehrveranstaltungen, Diskussion etc. nicht fortschrittlich, aber auch nicht reaktionär. Worauf es ankommt, ist, wofür sie gestellt werden. Wird der Kampf gegen die Maßnahmen des bürgerlichen Staates im Bewußtsein geführt, alte Privilegien herzustellen, die die Bourgeoisie früher ihren zukünftigen Funktionären gewährte, dann ist das ohne Zweifel ein Kampf mit reaktionären Ambitionen. Dagegen müssen wir natürlich auftreten und klar machen, daß wir die Maßnahmen nicht hinnehmen, gerade weil sie uns zu noch besseren Bourgeoisiefunktionären machen sollen: als Lehrer, als Beamte usw. Dieser Kampf ist fortschrittlich: er schwächt die Bourgeoisie und schärft das Bewußtsein der Studenten über den Klassengegensatz zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse.

SOZIOLOGIE: ERPRESSUNG DURCH DAS MINISTERIUM



Seit mehreren Semestern schon kämpfen die Studenten an den beiden soziologischen Instituten gegen die Verschärfung und Reglementierung des Studiums und gegen die Selektion. Im März erreichte die Bewegung einen vorläufigen Höhpunkt. Auf einer HV, bei einer Unterschriftensammlung (ca. 150 Unterschriften), in einerDiskussionsveranstaltung mit den Professoren und Assistenten und in einer öffentlichen Studienkommissionssitzung (die die Professoren als illegal erklärten) brachten Studenten beider Fakultäten ihre Ablehnung des Studienplanentwurfs II. Teil klar zum Ausdruck. (vgl. KHZ, April 73)

Heute, ein Semester später, ist die Kampfbereitschaft nicht versickert, im Gegenteil, sie flammt in verstärktem Maße auf. Konkreter Anlaß war ein neuerlicher Angriff des bürgerlichen Staates auf die Rechte der Studenten. Die Forderungen der Studenten bezüglich eines Studienplanes, der ihren Interessen nach freier Auseinandersetzung mit den Inhalten der Wissenschaft und ihrem künftigen Beruf entspricht, wurden nicht nur als ein Fetzen Papier behandelt, sondern der bürgerliche Staat greift sogar zu Drohung und Erpressung um den Studienplan durchzudrücken. In einem Brief des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BuMiWuF) an das Dekanat wird darauf hingewiesen, daß infolge des Fehlens eines Studienplanes für den II. Abschnitt Soziologie an der phil.Fak. keine Prüfungen abgelegt werden dürfen, keine Lehrveranstaltungen mehr abgehalten zu werden brauchen, kein Abschluß des Studiums möglich ist, kein Stipendium vergeben werden darf. Mit einem Wort: Es wird mit der Liquidation des Studiums gedroht !

DIE TAKTIK DER BOURGEOISIE ÄNDERT SICH, DAS ZIEL IHRER POLITIK BLEIBT DASSELBE

Dieser jüngst Angriff des Ministeriums geht in seiner Bedeutung weit über das soziologische Institut hinaus. Er ist durch Unnachgiebigkeit und eine ungeheure Schärfe gekennzeichnet. Mit dem Drohbrief, der einen offenen Eingriff des Staates darstellt, ändert die Bourgeoisie ihre bisherige Taktik der Hochschulpolitik. Seit Mitte der 60er Jahre wurde durch eine Reihe von Verordnungen und Gesetzen der Rahmen für die Rationalisierung und Effektivierung der ideologischen Formierung geschaffen. An den Instituten selbst sollten dann diese unter Einbeziehung der Studenten präzisiert werden (Studienkommissionen). Die Bourgeoisie hoffte, ihre reaktionären Pläne mit den Studenten ohne Widerstand durchsetzen zu können. Die Gremien sollten den Studenten Mitbestimmung vorgaukeln , andererseits aber auch dem bürgerlichen Staat den bürokratischen Kram abnehmen.

Die Seifenblase der "demokratischen" kapitalistischen HS-Reform ist an einigen Instituten in der Zwischenzeit geplatzt. An den soziologischen Instituten z.B. kräht den Studienkommissionen kein Hahn mehr nach. Sie entlarvten sich schon mehrmals als das, was sie sind: Knebelungsinstrumente im Kampf der Studenten um ihre Rechte, Gremien in denen die Studenten ihrer eigenen ideologischen Formierung und Entrechtung zustimmten sollen. Die Mitbestimmungsgremien können die Ruhe auf den Universitäten nicht mehr gewährleisten. Die Bourgeoisie ist daher immer öfter gezwungen statt Zuckerbrot die Peitsche zu verwenden, und offen gegen die Studenten vorzugehen.

Trotz der geänderten Taktik bleibt das Ziel der Bourgeoisie dasselbe: die ideologische und politische Konsolidierung der Hochschule um eine funktionierende Brutstätte zur Heranzüchtung von kritiklosen und willfährigen Handlangern der Bourgeoisie zu gewährleisten. Eine Atmosphäre des Duckmäusertums, durch Kontrolle und Konkurrenz der Studenten hervorgerufen,- das ist es was die Kapitalisten brauchen, um ihre volksfeindlichen Wissenschaften vor Kritik zu schützen, um sie an den Mann bringen zu können. Die Pflanze der bürgerlichen Wissenschaft kann eben nur im Glashaus vor dem Verdorren bewahrt werden. Deshalb will die Bourgeoisie in erster Linie nicht das Studium auflassen, sondern versucht mit dem Mittel der Erpressung und Drohung die Studenten zu zwingen den Studienplan zu akzeptieren.

IST DIE ANGST DER SOZIOLOGIESTUDENTEN UM IHRE BERUFSAUSSICHTEN BERECHTIGT ?

Natürlich kann es sein, daß die Bourgeoisie nur dann ein Interesse an dem Studienversuch an der phil.Fak. hat, wenn sie tatsächlich den Studienplan durchdrückt. Diese Möglichkeit besteht deshalb, weil es ein Soziologiestudium an der Jur.Fak. gibt, das den Interessen der Bourgeoisie vollauf entspricht. (v.a. Selektion - so studierten voriges Semester nur 14 (!!) Kollegen im zweiten Studienabschnitt, die Durchfallsquote in Kostenrechnung z.B. betrug 72,3 % !). Nur auf diesem Hintergrund ist die Drohung einigermaßen plausibel. Denn daß der bürgerliche Staat überall dort, wo die Studenten die Studienpläne ablehnen, das Studium liquidieren will, ist lächerlich. Er müßte dann bald die halbe Universität zusperren, der Bedarf an bürgerlichen Wissenschaftern könnte nicht gedeckt werden.

Aber das eine muß man sehen: auch ein straffes und reglementiertes Studium, in dem uns die bürgerlichen Inhalte bis zum Kotzen eingepaukt werden, gewährleistet keineswegs einen sicheren Arbeitsplatz. Die Möglichkeit einen Job zu finden und ihn auch zu behalten, wird im Kapitalismus keineswegs vom Grad der Qualifizierung der Ware Arbeitskraft her bestimmt, wie es uns Revisionisten und Reformisten weismachen wollen. Es ist auch kein Zufall, daß die Professoren die gleichen Argumente bringen, um uns den Studienplan schmackhaft zu machen. Das einzige worin sich der KSV von ihnen unterscheidet ist, daß diese Qualifizierung durch Aneignung "antimonopolistischer" Inhalte erfolgen soll. Wir treten auch nicht für die prinzipielle Aufrechter-

Mathematik, Physik
STREIK AM MITWOCH, 20.11.

In einer Hörerversammlung der Physiker und Mathematiker am Donnerstag den 14.11. wurde ein neuerlicher eintägiger Streik gegen die Studienordnungen auf der Basis der Resolution vom 15.10. beschlossen. Das Streikkomitee wurde beauftragt eventuelle gemeinsame Schritte mit den streikenden Studenten der Soziologie abzusprechen. Weiters wurde beschlossen auf einen gesamtösterreichischen Streik möglichst vieler Studienrichtungen in der Woche vom 2. bis 7. 12. hinzuarbeiten. Außerdem wurde beschlossen einen aktiven Vorlesungsboykott gegen die Professoren Großer und Hejtmanek zu organisieren, um sie zur Rücknahme der Verschärfungen in den Rechenübungen zu zwingen.

Der Vorlesungsboykott wurde notwendig auf Grund kurzfristig angesetzter Zwischenprüfungen. Der Ausgang dieser Auseinandersetzungen wird von großer Bedeutung für die Festigung der Streikfront sein. Worauf es dabei ankommt, ist die Einsicht in die Unvermeidlichkeit der Auseinandersetzung und über die Gegensätzlichkeit der Interessen zu vertiefen. Gelingt das, so werden uns auch zeitweilige Niederlagen nicht allzusehr schaden. Denn wenn wir im Kampf ausharren und die Bewegung verbreitern, werden wir langfristig gesehen Erfolge haben.

P.F.M./Zelle Math.NaWi

haltung des Studienversuches ein. Die Soziologie ist eine Herrschaftswissenschaft der Bourgeoisie und wenn sie keine Soziologen mehr brauchen kann, weil diese sich gegen die Vermittlung dieser "Wissenschaft" wehren, so wäre es blödsinnig, sich darüber hinwegsetzen zu wollen. Arbeitsplätze gibt es dadurch auch nicht mehr. Wir sind jedoch dagegen, daß die Bourgeoisie ihre Krise, die durch die Unplanbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise bedingt ist und daher auch die Unplanbarkeit der Ausbildung zur Folge hat, daß diese Krise auf dem Rücken der Studenten ausgetragen wird, und bestehen deshalb auf dem Recht das Studium abschließen zu können,
Prüfungen ablegen zu können, wenn man inskribiert ist,

und fordern daher:
die sofortige und ausdrückliche Rücknahme des Erlasses!

DER SPALTUNG IN JURIDISCHE UND PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT ENTGEGENTRETEN - DEN EINHEITLICHEN KAMPF ORGANISIEREN!
Es ist klar, daß die Ministerialbürokratie in Erlaß das Soziologiestudium an der phil.Fak. gegen das an der jur.Fak. indirekt ausspielt. Doch schon jetzt zeigt sich, daß dieses Spaltungsmanöver nicht nur ins Leere geht, sondern sich gegen den bürgerlichen Staat selbst wendet. Einerseits kämpfen Soziologen beider Fakultäten in den Lehrveranstaltungen Seite an Seite (fast alle LVen werden wechselweise angerechnet) gegen Selektion, Prüfungsdruck, bürokratische Willkür und politische Unterdrückung (vgl. nachstehenden Artikel), andererseits gewinnen die Studenten an der Jur.Fak. gerade im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Studienplan an der phil.Fak. selbst immer mehr Klarheit. Es zeigt sich, daß im wesentlichen die gleichen Rechte beschnitten werden und daß die Studenten beider Fakultäten gleiche Kampfziele verfolgen, die gleichen akademischen Rechte erkämpfen müssen und im bürgerlichen Staat den gemeinsamen Feind haben. Die Institutsgruppe, in der nun erstmalig auch die Soziologen von der jur. Fak. repräsentativ vertreten sind, spiegelt diese Erkenntnis wider !
Der gemeinsame Wesenszug ist der, daß davon abgelenkt wird, daß es - solange die Bourgeoisie herrscht- ausschließlich und allein die Profitinteressen sind, die den Arbeitskräftebedarf regeln.

Die Angst der Studenten um einen Arbeitsplatz ist im Kapitalismus berechtigt. Aber durch bessere Qualifizierung - ob nun laut Ministerium oder KSV - ändert sich an der prinzipiellen Unsicherheit der Arbeitsplätze überhaupt nichts.
Wir Kommunisten treten deshalb nicht für die "Qualifizierung" ein, sondern für Rechte, die wir brauchen, um die dargebotenen Wissenschaften kritisieren zu können.
Durch den Erpressungsbrief kommt so klar wie noch nie zum Ausdruck, daß es keinen Ausgleich mit dem bürgerlichen Staat geben kann. Unsere Rechte können wir nicht mit Verhandlungen oder mit Unterschriften resolutionen erkämpfen. Nur wenn wir für unsere Forderungen in einen konsequenten Kampf treten, können wir etwas erreichen. Auch diese Erkenntnis müssen wir aus dem Erlaß ziehen.

Diesem scharfen Interessensgegensatz müssen wir jedem Kollegen klarlegen. Es genügt einfach nicht, daß wie im März sich ein großer Teil solidarisch erklärt, nur die Hälfte aber für die Forderungen auch in den Kampf tritt. Unsere nächsten Schritte können nur Kampfschritte sein, jede andere Solidarität die diesen Kampf nicht aktiv unterstützt, kann uns nicht viel weiterbringen.

ZWEITÄGIGER STREIK

Die Kampfform, die wir wählen, muß der Schärfe des Angriffs des Ministeriums entsprechen. Daher hat die HV vom 13.11. einen zweitägigen Warnstreik des Studienversuches für Di. den 19. und Mi. den 20.11. für die sofortige und ausdrückliche Zurücknahme des Erlasses beschlossen!
Die Mathematik- und Physikstudenten waren uns dabei ein positives Beispiel. Mit dem aktiven Streik haben sie ihren Protest über das Institut hinausgetragen, und zerstörten so die Pläne der Bourgeoisie die Friedhofsruhe auf den Universitäten einkehren zu lassen.

Es fordern immer mehr Institute zentrale Kampfschritte. Auch wir Soziologen müssen uns in die Bewegung einreihen und den Kampf gegen die Studienordnungen zu stellen. Der Erlaß muß fallen, damit wir bessere Ausgangsbedingungen für den Kampf gegen die Studienordnung haben! Wenn wir diesen Zusammenhang aufzeigen, werden wir breite Unterstützung auch von anderen Instituten bekommen !

Zelle Soziologie/p.b.

LESERBRIEF:

Am 10. 11. 1974 fand wieder eine Sitzung der Institutsgruppe Soziologie statt. Wie auch schon die vorhergehende war auch diese Sitzung dadurch gekennzeichnet, daß sich zwei Linien in der Frage herauskristallisierten, wie der Kampf konkret geführt werden soll. Diese beiden Linien wurden im wesentlichen getragen vom KSV und von der MLS. Die Linie, die von der MLS ausging, bestand in der Ausarbeitung einer Minimalplattform von Forderungen für den gemeinsamen Kampf; Minimalplattform deshalb, um eine möglichst große Einheit unter den Studenten sicherzustellen. Über diese Minimalplattform hinaus ging die vom KSV vertretene initiierte Linie, die darin besteht, einen eigenen Studienplan zu entwickeln, mit dem Ziel eines fortschrittlichen Soziologiestudiums.
In einem Flugblatt wurde nun diese Linie schriftlich der Institutsgruppe vorgelegt. Die Gruppe um die Kollegen vom KSV versuchte aber nun, die ganze Institutsgruppe mittels Abstimmung auf diese Linie festzulegen. Diese Vorgangsweise stellt meines Erachtens ein Spaltungsmanöver dar! Es war von vornherein klar und zeigte sich während der Diskussion immer wieder, ein großer Teil der Soziologiestudenten, unter ihnen auch die Kollegen der MLS, steht den Vorstellungen der Gruppe um den KSV negativ gegenüber. Indem die KSV-orientierte Gruppe in der Institutsgruppe den Standpunkt vertritt, entweder beides, nämlich Minimalforderungen und zusätzliche, "positive" Forderungen, oder keines von beiden, versucht diese Gruppe, ihre speziellen und weitreichenden Vorstellungen zur Grundlage des einheitlichen Kampfes, den ja verbal auch sie will, zu machen. Aber gerade durch diese Vorgangsweise werde der Einheit unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt. Und gerade diese Einheit wird notwendig sein, um unseren Kampf erfolgreich gestalten zu können.
Ein keiner Studentenfraktion und keiner Partei angehörender, also "unabhängiger" Soziologiestudent !

R.H.

KSV: UNTER DEM DECKMANTEL DER EINHEIT - SPALTUNG



Nachdem der KSV schon in der Institutsgruppe mit allen Mitteln versuchte, eine einheitliche Bewegung zu sabotieren (vgl. Leserbrief), ließ er sich für die Hörerversammlung einen besonderen Gag einfallen: Er verteilte eine Streikplattform auf der er nun eine Minimalplattform vorschlug, um nicht offen als Spalter dazustehen. Diese Plattform war jedoch so "mini", daß sie außer der Zurückweisung des Ministeriumerlasses nichts enthielt !
Obwohl in etlichen Diskussionsbeiträgen herausgearbeitet wurde, daß es zum Erlaß nur deswegen kam, weil die Soziologiestudenten den Studienplanentwurf II. Teil ablehnten und unser Kampf gegen den Studienplan und die Studienordnung ja weitergehe, und wir diese Kampfperspektive keineswegs aus den Augen verlieren dürften, bestand der KSV weiter auf seiner Plattform.
Obwohl Vertreter von den verschiedensten Instituten sich wunderten, warum die Soziologen ihre spezielle Situation (wie sie in der Streikplattform des KSV niedergelegt wurde) so hervorhoben und sich nicht in den einheitlichen Kampfstrom gegen Studienordnungen und AHStG anschließen, zog der KSV seine Plattform noch immer nicht zurück.
Im Gegenteil, durch verschiedene taktische Manöver gelang es ihm beträchtliche Verwirrung zu stiften. Trotzdem lehnte die HV das üble Manöver des KSV, das soziologische Institut von den anderen abzuspalten, mehrheitlich ab

REICHERT PROSEMINAR: Verschärfungen abgewehrt

Seit Beginn dieses Semesters gibt es Unruhe und Kämpfe im Einführungs-Proseminar Soziologie/jur.Fak. 30 Kollegen wurden von Prof. Reichardt mittels der p.A. abgewiesen und auf die Warteliste gesetzt. Dozent Kreutz folgte lieber einem lukrativen Angebot in die BRD, statt sein bereits angekündigtes Proseminar abzuhalten - weitere 20 Kollegen kamen auf die Warteliste. Für viele dieser Studenten hätte das den Verlust eines Semesters bedeutet!

Das war aber nicht der einzige Herd der Unruhe. Prof. Reichardt führte als Bedingungen für die Erlangung eines Zeugnisses über das Proseminar ein Referat, Benotung der Diskussion, wöchentliche (!), schriftliche (!) Beantwortung von 6 Fragen ein. Das bedeutet ständige Prüfungssituation für alle Kollegen im Proseminar.

Mit diesen Maßnahmen versuchte Prof. Reichardt den Erlaß des Ministeriums vom April 74 ("Erteilung von Lehraufträgen, für Übungen, Praktika, Proseminare, Seminare und dgl." sog. "Assistentenerlaß" in die Praxis umzusetzen. Dieser Erlaß bemängelt solche Lehrveranstaltungen, in denen die Studenten nicht dauernd kontrolliert werden - einerseits weil eine größere Anzahl der Studenten in einem Proseminar diese Kontrolle verunmöglicht, andererseits weil die Lehrbeauftragten den Auftrag nach Kontrolle und Selektion nicht im genügenden Maße nachkamen. Deshalb soll die Zahl der Studenten eines Proseminars beschränkt werden; deshalb soll jede Stunde geprüft werden. Für Lehrveranstaltungen, die nicht diesen Kriterien entsprechen, soll es - so das Ministerium - künftig keine Lehraufträge mehr geben.
Die Kollegen haben sich die Angriffe auf das Recht auf freien Zugang zu allen Lehrveranstaltungen und auf die Möglichkeit sich mit der bürgerlichen Wissenschaft ohne Druck auseinanderzusetzen nicht gefallen lassen. Die abgewiesenen Studenten nahmen teil am Proseminar, arbeiteten mit und forderten, daß sie auch Zeugnisse bekommen. Alle Kollegen verweigerten die Abgabe d[illegible] Hausaufgaben. Durch die s[illegible]ige Diskussion im Proseminar konnte der Sinn der Maßnahmen klargestellt werden: Wir sollen zu kritiklosen, willfährigen Werkzeugen der Bourgeoisie erzogen werden. Prof.Reichardt konnte niemandem mehr einreden, daß das im Interesse der Studenten stünde und mußte schließlich allen Forderungen nachgeben !

Das ist zweifellos ein Erfolg - nicht nur für die Studenten im Proseminar, sondern für alle Soziologiestudenten, denn durch den Kampf im Proseminar wurde die Front gegen die Angriffe des Ministeriums weiter verbreitet. Was jetzt zu tun ist, ist ein schlagkräftiges Kollektiv im Proseminar aufzubauen, welches den kampf um die Durchsetzung der gerechten Forderungen in allen anderen Proseminargruppen organisiert (besonders bei Assistent Schulz, der wütend mit dem Ordnungsrecht droht und die Kollegen einschüchtert). Das Kollektiv muß aber auch der Aufgabe nachkommen den Kampf im Proseminar in den Rahmen des Kampfes aller Soziologiestudenten gegen die Studienordnungen zu stellen. Denn die Maßnahmen der Professoren im Proseminar sind Ergebnisse deß erwähnten Erlasses, der vollständig im Rahmen der laufenden reaktionären HS-Reform steht.

Zelle Soziologie:WD

Neues Juristengesetz vom Ministerrat beschlossen

Große Verschärfung des Jus-Studiums

Vor einiger Zeit beschloß der Ministerrat das neue Juristengesetz. Damit soll einer Entwicklung, die sich bereits seit Jahren abzeichnet, zum endgültigen Erfolg verholfen werden:
eine Anpassung des Jusstudiums an die gegebenen Verhältnisse und die neuen Anforderungen an die Juristen von Seiten des Staates und der Wirtschaft.
Die Juristen, die bisher von der Universität gekommen sind, entsprechen den Bedürfnissen des bürgerlichen Staates nicht mehr ganz.

Deshalb werden einige zur Zeit noch vorgetragene Fächer wie z.B. Kirchenrecht, röm. Rechtsgeschichte u.ä. gestrichen. Die bürgerliche Presse preist diese Streichung als Abwurf überflüssigen Ballastes. Und das ist es ja auch wirklich.
Doch sind diese Streichungen kein Fortschritt, der die Justiz und das Recht nur um ein Haar breit weniger volksfeindlich macht, sondern sie sind lediglich dazu nütze, Platz zu machen für neue Lehrkanzeln und Fächer, die mehr und besser dazu geeignet sind, entstehende Konflikte unter dem Volk gekonnt juristisch abzuwürgen.

Das zeigt bereits ein Blick in das bevorstehende Gesetz: Schon bei der ersten Diplomprüfung wird man über einen Teil des bürgerlichen Rechts, ausgewählten Teilen der speziellen Soziologien, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik Bescheid wissen müssen.

Der allgemeinen Tendenz folgend, wird auch das Jus-Studium zweigeteilt, die erste Diplomprüfung soll nach zwei Semestern abgehalten werden. Doch hat diese mit der jetz igen Staatsprüfung nichts mehr zu tun:
war es bisher so, daß zur ersten Staatsprüfung das bestandene Kolloquium aus der Einführungsvorlesung und ein Übungsschein (der in letzter Zeit allerdings immer schwerer zu erreichen war) genügten und sich der Studierende das Lernen relativ selbständig einteilen und durchführen konnte, soll nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf die erste Diplomprüfung in sieben (!)Teilprüfungen zerlegt werden!
Das heißt, daßman faktisch jeden Monat eine Prüfung ablegen muß, um zur Diplomprüfung antreten zu können.
Folgerichtig heißt es im Kommentar zu dieser Gesetzesstelle, der Student soll bereits nach dem ersten Jahr wissen und erkennen, ob er für das Jus-Studium geeignet sei, oder mit anderen Worten: die Hauptselektion und Hinaussäuberung soll nach spätestens einem Jahr erfolgen!

Diese ungeheure Studienverschärfung werden die Studenten der juridischen Fakultät aber sicher nicht widerstandslos über sich ergehen lassen.
Bis jetzt ist es gelungen - durch tatkräftige Mithilfe der ÖSU/ÖH à la Karasek und Kumpanen jedes selbständige Auftreten der Studenten für ihre Rechte und Interessen mehr oder weniger zu unterdrücken oder in gefährliche Bahnen zu kanalisieren.
Dem Beispiel der Kollegen von anderen Instituten folgend, wird es auch für die Jusstudenten zur dringenden Notwenigkeit, sich zusammenzuschließen, um den immer schärfer werdenden Angriffen des Staates und seiner Handlanger auf den HS, der Professoren auf die Studienbedingungen und akademischen Rechte der Studenten eine gebührende Antwort zu erteilen.

DIE ÖH BEGRÜSST DIESE VERSCHÄRFUNG

"Die ÖH begrüßt die Vorlage des Entwurfs eines Bundesgesetzes über das Studium der Rechtswissenschaft prinzipiell, weil sie die Vorantreibung der Studienreform als vordringlich erachtet", steht in einer Stellungnahme der ÖH zum neuen Juristengesetz.

Damit stellt sich die ÖH, wie in letzter Zeit immer häufiger zu bemerken war (Ausländer) ganz offen auf die Seite des bürgerlichen Staates und der HS-Bürokratie gegen die Interessen der Studenten.

Das einzige, was sie am neuen Juristengesetz auszusetzen hat ist, daß dies mit seinen "sieben Teilprüfungen in zwei Semestern zwar zu einem Lernintensiveren Studium mit Auslesefunktion führen wird (wogegen sie aber natürlich prinzipiell nichts hat), "aber nicht zu einem größeren Verständnis der Materie".
Also die Verschärfungen sind so gesehen gar nicht streng genug.

Die Studenten werden sich in nächster Zeit sehr gut überlegen müssen, ob sie eine solche "Vertretung" ihrer Interessen wie die durch ÖSU und RFS dominierte ÖH wirklich brauchen, und ob sie sich auf eine solche stützen können oder ob es nicht die einzige Alternative ist, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen und sich in Komitees zu organisieren, die gegen diese Studienordnung der Verschärfung und politischen Indoktrinierung selbständig den Kampf aufnehmen.

F.Z/K.Sch.

Der Kampf gegen die Sezierplatzbeschränkung geht weiter

Schon mehr als 400 Studenten haben ihre Unterschrift unter die Resolution des Sezierplatzkomiees gegeben.

Auf Drängen des Komitees berief schließlich die Fakultätsvertretung eine offizielle Hörerversammlung ein, zu der ca. 150 Kollegen kamen.

Dabei wurde mit knapper Mehrheit die Resolution des Sezierplatzkomitees angenommen, in der gefordert wird:

- Freier Zugang zu allen LV !
- Aufhebung der Sezierplatzbeschränkung !
- Keine Bindung der Vergabe des Sezierplatzes an die positive Ablegung der Prüfung !

Diese Forderungen sind klipp und klar und zielen kompromißlos gegen die Sezierplatzbeschränkung. Doch v.a. die dritte Forderung stieß auf Mißverständnisse und das Sezierplatzkomitee verabsäumte es, diese Forderung ausreichend zu erläutern: In der gegenwärtigen Situation wäre nämlich die Aufrechterhaltung einer Aufnahmsprüfung für den Sezierkurs ein Mittel, mit dem die Professoren auf kaltem Weg eine offiziell "abgeschaffte" Sezierplatzbeschränkung hintenherum wieder durchsetzen könnten.

EIN EINHEITLICHES VORGEHEN DER STUDENTEN WIRD MIT ALLEN MITTELN ZU VERHINDERN VERSUCHT

Die Professoren scheuen nicht davor zurück, die Studenten offen zu verhöhnen: Prof. Zenker sagte in seiner Vorlesung, es sei viel besser, bei der Prüfung durchzufallen, weil man so die derzeit ungünstige Prüfungsordnung umgehe ! Auf der I. Anatomischen Lehrkanzel (Prof. Ferner/Krause) sollen ab jetzt nur mehr 6 Studenten bei den Aufnahmsprüfungen zuhören dürfen, mit der Begründung, daß das Prüfungszuhören ungerecht sei gegenüber den Studenten, die am Anfang drankommen, weil diese ja nirgends zuhören könnten.

Die Prof. Zenker und Krause, sowie Doz. Mayer rissen eigenhändig Wandzeitungen der Studenten von den hiefür bestimmten Wandtafeln der Fakultätsvertretung in der Aula des Anatomischen Instituts. Die laboranten werden immer wieder ausgesandt, um Diskussionsgruppen zu zerstreuen. Solche "Expeditionen" schlugen aber fehl, weil die Laboranten selbst von den Studenten in die Diskussionen einbezogen wurden.

ÖSU und RFS sehen sich zwar gezwungen, die Forderung nach Aufnahme aller schon inskribierten Kollegen zu unterstützen, wollten aber das Recht der Studenten auf freien Zugang zu allen LV zu einer Ausnahmeregelung für eingetretene "Härtefälle" degradieren und nahmen der Forderung die Stoßkraft, indem sie sie mit allerlei "konstruktiven" Vorschlägen für die "Effektivierung" des Studiums verquickten.

Der RFS wartete überhaupt mit einer ganz neuartigen Analyse des österreichischen Gesundheitswesens auf. Es sei zwar keine Schwierigkeit, mehr Sezierplätze zu beschaffen, meinte der RFS-Vertreter, aber in der Klinik gäbe es zuwenig Patienten für die Studenten! Die Ärzte leiden also unter Patientenmangel ! Seine Unterstützung der Sezierplatzkampagne koppelte der RFS außerdem an die Forderung nach einer "wissenschaftlichen" Erhebung des Ärztebedarfs durch - Regierung und Ärztekammer.

Also gerade die, die den inneren Numerus clausus auf der Medizin eingeführt haben, sollen seine Notwendigkeit "wissenschaftlich" untersuchen!

Die ÖSU wiederum wollte den Kampf der Studenten in Petitionen und der Forderung nach Einrichtung einer "Kommission" verebben lassen. Im übrigen verbreiterte sie sich über die Vorteile einer neuen Fertigteilbauweise für den Neubau einer medizinischen Fakultät.

Während die Professoren immer wieder erzählen, daß sie das Ministerium mit Ansuchen um mehr Sezierplätze etc. bombardieren, erklärte man im Ministerium den Vertretern des Sezierplatzkomitees, daß der einzige Antrag, den die Professoren beim Ministerium gestellt haben, der auf die Einführung eines numerus clausus an der medizinischen Fakultät sei!

Weiters meinte man, das Ministerium würde ja liebend gerne die Sezierplatzbeschränkung aufheben werde aber - leider - von den bösen, reaktionären Professoren daran gehindert. "Es will mich schier bedünken, daß alle beide stinken !"

Diese Manöver von Ministerium, Professoren, ÖSU und RFS fruchten aber nicht mehr. Die Studenten beschlossen, eine Kundgebung abzuhalten, zu der sie sowohl die Professoren wie die Frau Minister Firnberg einladen und von ihnen Rechenschaft fordern werden.

WELCHE LEHREN LASSEN SICH AUS DER BISHERIGEN AUSEINANDERSETZUNG ZIEHEN ?

- Wir dürfen uns nicht durch das Geschwätz von "wirklichem Ärztebedarf", "Effektivität des Studiums", "Platz- und Personalmangel" etc davon abbringen lassen, konsequent für unsere eigenen Rechte zu kämpfen. Die Probleme des bürgerlichen Staates sind nicht die Richtschnur unseres Handelns ! Wir kämpfen für unsere Rechte !
- Wir müssen diesen Kampf selbst in die Hand nehmen. Erreichen können wir nur dann etwas, wenn alle Kollegen, die diese Ziele unterstützen auch selbst aktiv am Kampf teilnehmen.
- Wir dürfen uns durch die Manöver von Ministerium, Professoren und bürgerlichen Studentengruppen nicht spalten lassen, sondern müssen uns zusammenschließen unter den klaren Forderungen:

Für freien Zugang zu allen LV !

Weg mit der Sezierplatzbeschränkung !

Keine Bindung der Vergabe des Sezierplatzes an die positive Ablegung der Prüfung !

Zelle Medizin

Weg mit der Studienordnung Philosophie

Seit August 73 existiert eine vom Ministerium über die Köpfe der Beteiligten hinweg erlassene Studienordnung Philosophie (Hauptfach). Daß sich die Studienornung bis jetzt für die Wiener Studenten der Philosophie praktisch nicht ausgewirkt hat, liegt am Veto der Studentenvertreter in der Studienkommission gegen den Studienplan, der die Durchführung der StO im einzelnen beinhaltet. Jetzt wird versucht, die STO hintenherum durchzusetzen: z.B. kündigen die Professoren ihre Lehrveranstaltungen bereits so an, daß die Anrechenbarkeit im Sinne der neuen StO daraus hervorgeht. Auf schleichendem Wege soll die Disziplinierung der Philosophiestudenten vor sich gehen. Den Plan dazu liefert die StO.

Gerade bei der Philosophie-StO tritt der politische Charakter der Disziplinierung klar hervor. Die "effizientere Gestaltung des Studiums" ist hier nicht einmal mehr als Vorwand tauglich. Die StO ist der nackte und ungeschminkte Versuch, die Philosophiestudenten im Sinne der Ausbildung zu Bourgeois-Ideologen mit einer reaktionären Weltanschauung zu disziplinieren.

Die Philosophie-Studenten werden diesen Angriff des bürgerlichen Staates auf ihre Rechte nicht hinnehmen. Auf einer Hörerversammlung vom 28.10 haben sie beschlossen, den Kampf gegen die StO aufzunehmen. Sie haben gemeinsame Forderungen aufgestellt und eine Unterschriftensammlung eingeleitet. Inzwischen haben mehr als 200 Philosophie-

in Komitee zum Kampf gegen die StO hat sich gebildet, eine Hörerversammlung, auf der weitere Kampfschritte beschlossen werden sollen, wird vorbereitet.

Die StRV Philosophie wird eine Informationsbroschüre über die StO herausgeben. Denn von sich aus hat der bürgerliche Staat und die Hochschulbürokratie kein Interesse, die Studenten rechtzeitig über den Inhalt der Maßregeln, die gegen sie ergriffen werden, zu informieren. Überfallsartig wollen sie den Studenten den Studienplan aufzwingen.
Von diesen Manövern kann man schon jetzt sagen: Sie sind zum Scheitern verurteilt !

K.K./Zelle Philosophie

"Zwischenprüfungen in allen Proseminaren, weil die Studenten es so wollen..."

mit diesem Argument will Germanistikvorstand Wiesinger den Assistentenerlaß am Institut einführen.
In besonders demagogischer Weise soll damit der Unmut der Studenten über die hohen Durchfallsquoten bei den Abschlußprüfungen auf die Mühlen der HS-Reform gelenkt werden.

Im Althochdeutsch Proseminar Hornung reagierten die Studenten anders als sich das Ministerium und Wiesinger vorstellten. Alle im HS 1 anwesenden Studenten lehnten nach einer Diskussion einstimmig die Einführung einer Zwischenprüfung ab. Hier wurde klar gesagt, daß die Zwischenprüfungen nichts gerechteres seien, sondern ein Mittel, um die Studenten von der Auseinandersetzung mit dem Stoff und dem Charakter der Lehrausbildung abzuhalten. So will die Bourgeoisie die Ruhe auf der HS gewährleisten und sicherstellen, daß ihre volksfeindliche Ideologie den Kindern in der Schule eingebleut wird.

Durch die Einführung der Zwischenprüfungen soll ein weiterer Schritt gesetzt werden, um das Terrain für die gesetzliche Verankerung der Studienordnung vorzubereiten. In den letzten Semestern ist es vielen Studenten sowieso schon klar geworden, daß die Hochschulreform auch vor ihrem Institut nicht haltmacht. Überall dieselben Angriffe: verstärkte Handhabung der p.A.s Ausleseprüfungen in Pflichtveranstaltungen für Lehramtskandidaten, offene Drohung und Einschüchterung der Studenten mit sogenannten "Listen mit Fehlverhalten".
Studenten diese Forderungen und die Aufforderung an das Ministerium , die StO zurückzuziehen, unterschrieben. Bis jetzt gibt es noch keine neue Studienordnung. Der alte Vorschlag des Ministeriums, der Verdoppelung der Pflichtstunden und starke Sequenz des Studiums vorsah, wurde von den meisten Studenten abgelehnt. Seitdem basteln Ministerium, Professoren und ihre Handlanger unter den Studenten, die sog. "unabhängigen Studentenvertreter" daran herum. Durch "konstruktive Vorschläge" wollen diese Studentenvertreter das Aufkommen einer einheitlichen Kampffront verhindern.

Im Althochdeutsch-Proseminar gelang ihnen dies nicht.- Hier forderten die Studenten eine HV, um die Bewegung zu verbreiten und weitere Kampfschritte zu besprechen.

M.K.

kommunistische hochschulzeitung

ZEITUNG DER MARXISTISCH - LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION (MLS).
Erscheint mindestens 8 mal jährlich. Einzelpreis S 3. Jahresabonnement inklusive Porto S 40. Abonnement - Einzelbestellung durch Einzahlung auf das Konto Nr. 024 - 31211, 1. Österreichische Spar - Casse.

RFS Die Werktätigen sollen ausgeplündert werden - die Studenten nicht

Ende Oktober wandte sich der RFS in einem offenen Brief an den Finanzminister und forderte Abgabenfreiheit für "Werkstudenten". Im einzelnen verlangte er folgende Punkte in einem neu auszuarbeitenden Gesetzesantrag zu berücksichtigen:
-Totale Abgabenfreiheit für Studentenarbeit bis zu 100 Tage im Jahr
-Außerachtlassen dieses Verdienstes bei der Stipendienvermittlung
-sowie Ausbezahlung der gesamten direkten Lohnkosten an den Studenten

Für diese Forderungen begann der RFS Unterschriften zu sammeln. Er will sich dabei als "echter" Studentenvertreter ins Rampenlicht rücken, der sich ohne "hohe" Politik zu machen - sozusagen vom Herzen her - um die Belange der Studenten kümmert. Es ist das eine Aktion im Rahmen seiner Imagepflege, die darauf abzielt, seinen "unpolitischen" Schein zu wahren, den noch viele Studenten als bare Münze nehmen.
An den Universitäten werden Menschen herangezüchtet, die sich als etwas besseres fühlen sollen um dann in ihrem Beruf leicht als Instrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung und Kontrolle des Volkes verwendet werden zu können. Die Hochschule ist eine Sonderinstitution des bürgerlichen Staates, an der eine kleine Minderheit der Bevölkerung für Handlangerdienste der Kapitalistenklasse ausgebildet wird.
Um den Studenten das Interesse des bürgerlichen Staates an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise zu eigen zu machen, versucht die Bourgeoisie die Studenten mit allen Mitteln sozial und politisch an sich zu binden. Das gelang ihr auch früher mit großen Teilen der Studentenschaft (z.B. faschistische Studentenkorps)

WIE GEHEN WIR KOMMUNISTEN AN DIESE FRAGE HERAN ?

Tatsächlich aber ist die materielle Lage der Studenten sehr wohl eine politische Frage.

An die 75 % der Studenten haben monatlich weniger als S 3000,- zur Verfügung, viele nicht einmal S 2000,-. Bei der rasanten Teuerung ist es selbstverständlich nicht möglich, mit einem solchen Betrag auszukommen. Die Folge davon ist, daß ungefähr ein Drittel der Studenten während des Studienjahres und an die zwei Drittel während der Sommerferien arbeiten müssen.

Daß die materiellen Lebensbedingungen der Studenten angespannt sind, kann also keiner mehr leugnen. Die Frage ist , wie es dazu kommt und auf welcher politischen Linie man etwas dagegen unternimmt. Das ist die Gretchenfrage und hier scheiden sich die Geister.

Heute aber hat sich das Bild in dieser Hinsicht gewandelt. Der Grund ist in der Entwicklung des Kapitalismus selbst zu suchen. Der bürgerliche Staat ist heute nicht mehr in der Lage die frühere Privilegienwirtschaft gegenüber den Studenten weiter aufrechzuerhalten und an die Stelle der Bevorzugung tritt nun die Angleichung an die Lebenslage des übrigen Volkes. Dieser Wandel in den Lebensbedingungen schafft für die Bourgeoisie immer schlechtere Bedingungen für die ideologische Bindung der Studenten:

Eine finanzielle Situation, die für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Studenten als ausgesprochen drückend bezeichnet werden muß, ruft natürlich Unruhe und Besorgnis hervor. Die Studenten machen sich Gedanken wie sie aus der Situation der finanziellen Unsicherheit herauskommen können. Der gleichzeitig immer mehr steigende Prüfungs- und Leistungsdruck schränkt die Zeit in der man zusätzlich etwas verdienen kann ein, und trägt das seine zu den angespannten Lebensverhältnissen bei.

An diesen wachsenden und berechtigten Unmut will der RFS anknüpfen.

Die entscheidende Frage ist nun: tritt man für Studenten als einen abgesonderten Teil des Volkes ein, verlangt man für sie eine Extrawurst, oder tritt man dafür ein, daß sich die Studenten dem Kampf des ganzen Volkes anschließen sollen. Der RFS will das erste: für die "Werkstudenten", die genauso wie die werktätige Bevölkerung unter der Steuerlast zu leiden haben will er eine Sonderregelung. - Ein solcher Standpunkt geht, ob ausgesprochen oder nicht, davon aus, daß die Studenten als etwas besseres behandelt werden müßten. An diesem Bild

des "Besser sein" hält der RFS weiter zäh fest, und entspricht damit ganz genau den Wünschen der Bourgeoisie.

DIE POSITION DER KOMMUNISTEN ZU DEN STEUERN

Die Steuerpolitik ist das hauptsächliche Instrument, mit dem der bürgerliche Staat versucht, die Mittel aufzubringen, um die notwendig krisenhafte Entwicklung im Kapitalismus auszugleichen. Die wesentlichsten Steuern sind dabei die Lohnsteuer, die dem Volk das Geld direkt aus der Tasche zieht, sowie die indirekten Massensteuern, die automatisch beim Kauf der einzelnen Waren bezahlt werden müssen (v.a. die Mehrwertsteuer). Allesamt lasten sie schwer auf der arbeitenden Bevölkerung. Zusammen machen sie etwa die Hälfte der staatlichen Einnahmen aus. 1974 wird das Lohnsteueraufkommen alleine so an die 30 Milliarden Schilling ausmachen! Ab einer bestimmten Lohnhöhe setzt diese Schröpfung von seiten des Staates voll ein.

Das gilt auch für Studenten, die wegen ungenügender Stipendien oder weil die Eltern sie nicht entsprechend unterstützen können, arbeiten müssen. Der Staat denkt überhaupt nicht daran sie ungeschoren zu lassen. Wo es was zu scheffeln gibt, dort macht er nicht halt, sondern holt sich, was er an sich raffen kann.

Großzügig geht er nur gegenüber Kapitalisten und Großverdienern vor: er macht ihnen permanent Steuergeschenke, verschafft ihnen Erleichterungen und wirft ihnen noch Geld in den Rachen, um ihr Geschäft der Ausbeutung auch dort zu sichern, sollten sie in finanzielle Schwierigkeiten kommen. Während dem Arbeiter die Lohnsteuer sogleich auf Heller und Pfennig genau abgezogen wird, haben die Kapitalisten nach dem Rechnungshofbericht für 1972 sage und schreibe 5,4 Milliarden Schilling Steuerschulden. Oder: Zugleich mit der Mehrwertsteuer wurde eine Investitionssteuer eingeführt, bei der man mit einem Aufkommen von 8 Milliarden Schilling rechnete. Trotz des Investitionsbooms der Kapitalisten sind genau 2,5 Milliarden Schilling hereingekommen!

Weil eine solche Steuerpolitik so ganz und gar nicht zufällig ist, sondern der Tatsache entspricht, daß alle Maßnahmen, die der bürgerliche Staat trifft, darauf ausgerichtet sind, den Interessen der Kapitalisten zu dienen und die Interessen des Volkes zu negieren, geht die Arbeiterklasse in der Frage der Steuern von folgendem aus: Die aus uns herausgepreßten Gelder werden im Interesse der Kapitalisten verwendet und kommen uns überhaupt nur deswegen in gewisser Weise zugute, damit die Verhältnisse im Kapitalismus so sind, daß die Kapitalisten die Möglichkeit haben, uns weiterhin ohne größere Störungen ausbeuten zu können. Daran haben wir nicht das geringst Interesse!
Die Forderungen der Kommunisten lauten daher:

ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN UND BESTREITUNG ALLER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN SOWEIT DIESE DURCH STEUERN GEDECKT WERDEN, AUSSCHLIEßLICH DURCH DIE PROGRESSIVE BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!

STEUERFREIHEIT BEI EINEM EINKOMMEN BIS ZU 10.000,- SCHILLING IM MONAT!

Es kann für das Volk nur eine mehr oder weniger scharfe Steuerausplünderung geben. Keinesfalls eine gerechte. Nur eine Politik, die diese Forderungen zum Inhalt hat, greift die Steuerausplünderung wirklich an, und sagt dem Staat als Vollzugsorgan dieser volksfeindlichen Politik den Kampf an.
Eine Sonderregelung jedoch, wie sie der RFS fordert, bedeutet die empörende Steuerpolitik gutzuheißen, im besonderen für sich aber eine Sonderbehandlung zu verlangen.

DIE STUDENTEN MÜSSEN FÜR AUSREICHENDE STIPENDIEN KÄMPFEN UND DIE STEUERPOLITIK DES BÜRGERLICHEN STAATES ABLEHENEN!

Gruppen wie der RFS oder die ÖSU sind derzeit das Hauptmittel der Bourgeoisie, um den Unmut und die wachsende Kampfbereitschaft der Studenten in für die Bourgeoisie annehmbaren Bahnen zu halten und die Ruhe an den HS zu sichern. Wenn z.B. der RFS berechtigte Anliegen der Studenten aufgreift, so geschieht das eben so, daß die Studenten weiter ein privilegierter Stand bleiben sollen, der nicht in Widerspruch zur Kapitalistenklasse, sondern zum Volk kommen soll. Das paßt dem bürgerlichen Staat sehr. Die Studenten haben jedoch nichts davon.
Wenn die Studenten für sich Sonderforderungen stellen, dann setzen sie sich einerseits über die reale gesellschaftliche Entwicklung hinweg. Ihre Forderungen sind illusionär, denn mit der fortschreitenden ökonomischen und politischen Krise ist die Bourgeoisie immer weniger in der Lage, solche Privilegien zu gewähren.
Andererseits stellen sich solche Studenten auf die Seite der Bourgeoisie und akzeptieren die Ausbeutungspolitik des bürgerlichen Staates bei den Werktätigen.

Wenn wir Studenten einen aussichtsreichen Kampf um die Verbesserung der materiellen Situation führen, so müssen wir Stipendien fordern, die zum Leben reichen, und nicht als politisches Gängelungsmittel dienen. D.h. die ausreichende Ausbildungsförderung darf nicht an die Erfüllung von Studienplänen gebunden sein.

Jene Studenten aber, die arbeiten, müssen ihren Kampf gemeinsam mit der Arbeiterklasse und dem Volk gegen die Steuerausplünderung des bürgerlichen Staates führen, auf der Basis der obigen Steuerforderungen. Diese Bewegung müssen auch jene Studenten unterstützen, die nicht "Werkstudenten" sind, denn auch für sie stellt sich die Frage: Aus welchem Fonds sollen die Hochschulen, die Kasernen des bürgerlichen Staates zum Heranzüchten willfähriger Büttel der Bourgeoisie sind, bezahlt werden - aus dem Teil, den die Kapitalisten durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Händen haben, oder durch zusätzliche Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes über Lohn und Konsum?

p.b., P.M.

Wie die bürgerlichen Physiker die Energiekrise lösen wollen

Laut Kurier vom 26.10.74 stellte der Physiker F. de Hoffmann, der auch Gastprofessor an der Wiener Universität ist, anläßlich des Symposiums "Energie und Zukunft" fest: "Die Atomenergie ist die Alternarive zur Krise schlechthin". Eine erkleckliche Anzahl von Wissenschaftlern und Studenten hält wie de Hoffmann die Energiekrise für ein physikalisches Problem, das allein durch den wissenschaftlichen Fortschritt zu meistern ist. Das ist aber ganz falsch.

Wenn Rohstoffe einmal zur Neige gehen, so ist es nicht diese Tatsache, sondern einzig und allein die kapitalistische Produktionsweise, die den Rohstoffmangel zur Krise aufbauscht. Denn die unbarmherzige Jagd der Kapitalisten nach dem Profit erzwingt das schrankenlose Ausplündern der Natur und verhindert die rechtzeitige und planmäßige Erforschung neuer Rohstoffquellen. Die wissenschaftlichen Anstrengungen der Physiker können daher die Wurzeln der Krise nicht beseitigen.

Aber bei der jetzigen "Energiekrise" geht es gar nicht um Rohstoffknappheit; denn Erdöl ist auf der ganzen Welt in Hülle und Fülle vorhanden. Die Krise rührt vielmehr daher, daß sich die Länder der Dritten Welt immer mehr zusammenschließen um der Ausbeutung ihrer Ressourcen durch die imperialistischen Mächte entgegenzutreten. Und diese Krise können die Imperialisten nicht aus der Welt schaffen. Wenn die Energieproduktion [illegible] Kernreaktoren umgestellt wird, werden sich die Völker der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Uranvorräte genauso zur Wehr setzen wie ihrer Ölvorkommen jetzt.

Die Vorschläge der Physiker sind aber nicht nur für die Lösung der Probleme untauglich [illegible] sie am sozialen und politischen Kern der Dinge vorbeigehen; sie lenken geradezu direkt vom Zweck ab, den das ganze Energiekrisengeschrei hat: Erstens die Arbeiterklasse und das Volk in den Metropolen aufzustacheln gegen die vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker, um die werktätigen Menschen hierzulande mittels der chauvinistischen Hetze an die eigene Bourgeoisie zu ketten. Zweitens die unverschämten Preiserhöhungen zu rechtfertigen. Und drittens mit Energiesparprogrammen u.ä. das Volk an das Gürtel-engerschnallen zu gewöhnen, um es auf die heraufziehende allg. Krise vorzubereiten und an Zwangseingriffe des bürgerlichen Staates zu gewöhnen.
Vom "Energiesparen" war dann in den Expertengesprächen auf dem Symposion viel zu hören. Den Vogel schoß dabei Verbund-General Erbacher ab, der mit der angeblichen Notwendigkeit des Energiesparens sogar bevorstehende Preiserhöhungen begründete: "Denn für eine Ware, die ich herschenke, kann ich nicht zum Sparen auffordern."

Fortsetzung auf S 16

Kollegium Kalksburg

Allgemeine Menschenbildung im Kapitalismus

Wir besuchten im Rahmen einer Pädagogik-Lehrveranstaltung das "Kollegium Kalksburg der Gesellschaft Jesu" und hatten dabei Gelegenheit, ein wenig in eine der Privatschulen Einblick zu nehmen, wo einige auserwählte Kinder der herrschenden Klasse einer umfassenden Eliteausbildung unterzogen werden. Schon dieser kurze Blick hat uns die Tatsache anschaulich vor Augen geführt, daß die Bildung im Kapitalismus eine Waffe in der Hand der bürgerlichen Klasse ist, von der das Volk ferngehalten wird.

Das "Kollegium Kalksburg" ist ein katholisches Privatgymnasium mit angeschlossenem Internat, das von den Jesuiten "uneigennützig" verwaltet wird - nach Angaben des Direktors wird es besucht von Kindern von"Akadamikern, Geschäftsleuten und aus zerrütteten Ehen". Aufnahmebedingungen sind: "Katholische Konfession (nicht unbedingt), geordnete Familienverhältnisse (im juristischen Sinn), gute Begabung für das Studium an einer Höheren Schule, persönliches Interesse an der religiösen Erziehung und den Anforderungen der Schule. Abmeldung vom Religionsunterricht gibt es nicht und es gibt auch keine Neuaufnahme in höhere Klassen". Jedes oppositionelle Element kann aufgrund der Aufnahmeverträge sofort eliminiert werden, fast alle Schüler sind auch im Internat.

Auf den ersten Blick mag man einwenden, daß es sich bei dem ganzen um ein Relikt aus früheren Zeiten handelt, das heute keine Bedeutung mehr hat. Daß dies keineswegs der Fall ist, sieht man aber sofort, wenn man den Unterschied dieser Schule zu den staatlichen Allgemeinbildenden Höheren Schulen untersucht: dann springt nämlich ins Auge, daß sie sich hauptsächlich dadurch von ihnen unterscheidet, daß es die ganze Misere:überfüllte Klassen, Lehrermangel usw. nicht gibt. Im Gegenteil, die Anlage ist ausgestattet mit 2 Turnhallen, 7 Sportplätzen, Schiwiese mit Schilift, Tennisplätzen, Sprachlabor, EDV-Einrichtungen - die Klassenschülerzahlen werden eingehalten und es gibt ausreichende Förderung am Nachmittag, Theaterbesuche, Diskussionen mit den Größen der "Sozialpartnerschaft" - es werden moderne pädagogische Methoden angewandt. Die Schule hält sich an den Lehrplan der AHS und führt selbständig Schulversuche durch, die den "gesellschaftlichen Erfordernissen" Rechnung tragen und über den Lehrplan der AHS weit hinausgehen, z.B. die Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen der EDV. Gegenüber den allgemeinen Zuständen also eine "fortschrittliche Schule" im Sinne der bürgerlichen Pädagogik.

Es gibt jährlich viel mehr Anmeldungen, als Kinder aufgenommen werden können und der Andrang wird größer.

Das Kollegium Kalksburg unterscheidet sich von den staatlichen AHS also in erster Linie dadurch, daß sie das Klasseninteresse der bürgerlichen Klasse an der Heranbildung einer Schicht von Unterdrükkern, die über die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Leitung der gesellschaftlichen Angelegenheiten verfügen, unverhüllt zum Ausdruck bringt. Damit die Absolventen dieser Schule nicht nur die nötigen Kenntnisse für ihre zukünftigen Aufgaben mitbringen, sondern auch das geeignete Gewissen, werden sie im Geiste der Religion erzogen, wird jeder selbständige Gedanke, der sich gegen die "religiöse Erziehung" und die "Anforderungen unserer Schule" (der Direktor) richtet, unterdrückt - falls dies nicht möglich ist, muß der Betreffende "die Konsequenzen ziehen" - und die Schüler werden völlig von den Kindern des Volkes und dem Leben der Werktätigen getrennt. Die herrschende Klasse unterwirft auch ihre eigenen Kinder der schärfsten Unterdrückung, um sie im Geiste ihrer Interessen zu erziehen. Das ist die beste Ausbildung, die das imperialistische Bildungssystem zu bieten hat! Dementsprechend studieren 9o % der Absolventen weiter, gegenüber ca. 6o % von denen der staatlichen AHS.

Wie die ganze bürgerliche Gesellschaft bis in den letzten Winkel durchdrungen ist vom Klassengegensatz, so hat das Klasseninteresse der bürgerlichen Klasse auch gegenüber dem Bildungswesen seine zwei Seiten: 8o % der Kinder absolvieren die Hauptschulen - die Kinder der Arbeiterklasse und der Werktätigen Massen. Die eine Hälfte im ersten Zug, die andere im zweiten Zug. Hier besteht die "allgemeine Menschenbildung" darin, daß die minimalsten Elementarkenntnisse vermittelt werden, die nötig sind, damit die Massen der Arbeiter und Angestellten an den Maschinen, in den Geschäften, Lagerhäusern, Büros der Kapitalisten, sowie im Staat und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen die Arbeit verrichten und den gesellschaftlichen Reichtum schaffen können, von dem sie in guten Zeiten gerade einigermaßen genug abbekommen, um halbwegs zu leben - im den unweigerlich darauf folgenden schlechten Zeiten der Krise und des Zusammenbruches nicht einmal das. Das Maß an Bildung, das den Kindern des Volkes vermittelt wird, läßt sich daran ermessen, daß von den 93.ooo Schülern, die 1958 in Österreich ihre Schullaufbahn begonnen haben, 38 % oder 35.ooo Pflichtschüler im Schuljahr 1966/67, also regulär, die oberste Stufe der Pflichtschule nicht positiv abgeschlossen haben oder nicht erreicht haben.(Daten aus "Die österreichische Schule im Umbruch", Wien 1974, Hrsg. H. Schnell, Präsident d. Wr. Stadtschulrates u. Sprecher der SPÖ in Schulfragen, S 66). Wenn man dem Märchen Glauben schenkt, daß die "Wahl" der Schule mit der"Begabung"zusammenhängt, so heißt das, daß wir ein Schulsystem haben, in dem mehr als ein Drittel der Kinder zu "unbegabt"ist, um auch nur die unterste Schule erfolgreich zu absolvieren! Man sieht, daß die Spaltung des Bildungswesens in höhere und niedere Bildung nichts zu tun hat mit der Begabung und den Interessen des Volkes - sehr viel aber mit den Interessen der Bourgeoisie und der Spaltung der Gesellschaft in Klassen.

"Die alte Schule erklärte, sie wolle einen allseitig gebildeten Menschen erziehen, sie lehre die Wissenschaft schlechthin. Wir wissen, daß das eine einzige Lüge war, denn die ganze Gesellschaft war auf der Teilung der Menschen in Klassen, in Ausbeuter und Unterdrücker, aufgebaut und hielt sich dank dieser Teilung. Natürlich vermittelte die ganze alte Schule, die durch und durch vom Klassengeist durchtränkt war, nur den Kindern der Bourgeoisie Kenntnisse. Jedes ihrer Worte war im Interesse der Bourgeoisie gefälscht. In diesen Schulen wurde die junge Generation der Arbeiter und Bauern nicht so sehr erzogen, als vielmehr im Interesse eben dieser Bourgeoisie abgerichtet." (Lenin, Die Aufgaben der Jugendverbände, Werke Bd. 31, S 274f.)

In den drei Unterrichtsstunden, in denen wir anwesend waren, konnten wir viele Eindrücke darüber sammeln, in welchem Geist der Nachwuchs der Bourgeoisie im Kollegium Kalksburg erzogen wird. Am aufschlußreichsten war in dieser Hinsicht zweifellos eine Stunde Wirtschaftskunde: es war die Rede vom Geld- und Kreditwesen und sie wurde im sogenannten "demokratischen" oder "sozialintegrativen" Erziehungsstil -wie es in der bürgerlichen Pädagogik so schön heißt- abgehalten. Die Schüler sollten "ihre Meinung" sagen über die Gesichtspunkte, nach denen Kredite vergeben werden. Einer der Schüler, die uns vorgeführt wurden, erklärte, daß die Banken dabei selbstverständlich auf ihre Profite schauen müssen und ein weiterer sagte: "Wenn ich eine Diamantenschleiferei oder ein Restaurant besitze, bekomme ich natürlich leichter einen Kredit, als ein x-beliebiger Mann auf der Straße."

Der angesprochene "Mann auf der Straße" lernt in der Hauptschule getreu dem Grundsatz der "Sparerziehung", der im Lehrplan festgelegt ist, etwas ganz anderes, nämlich daß die Banken nur für ihn da seien und daß er sein Geld dort "profitbringend" anlegen solle und zwar im Sinne des "Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!". Damit die Lehrer diesen Grundsatz auch gewissenhaft anwenden können, wird der Zentralsparkasse in der Pädagogischen Akademie auch Agitations- und Propagandafreiheit gewährt und schon in der ersten Woche bekommt jeder"von Ihrer Z" eine wunderschöne Studien-

Fortsetzung von S 15

Man sieht, daß Physiker, die nur ihre Wissenschaft vor der Nase haben - und zu solchen wird man ja im Studium systematisch erzogen - ein gutes Instrument in den Händen der Bourgeoisie zur Verdummung des Volks sind.

W.Sch.

Pädagogische Akademie:

Gegen die reaktionäre Wahlordnung Zulassung der MLS zur Kandidatur!

Anfang des Semesters beschloß der Ständige Ausschuß (ein Gremium aus 14 Prof., dem Direktor und 6 Studentenvertretern) eine Wahlordnung, die ihrem Charakter nach einer Hausordnung gleichkommt. An den Auseinandersetzungen um diese neue Wahlordnung beteiligten sich viele Kollegen. Sie bekundeten durch Versammlungen, Flugblätter und Unterschriften ihre Empörung über die völlige Rechtlosigkeit, die durch diese Wahlordnung zementiert wird und forderten: WEG MIT DER WAHLORDNUNG! BESCHLUSS EINER WAHLORDNUNG DURCH DIE HÖRERVERSAMMLUNG!

DIE WAHLORDNUNG IST EIN REAKTIONÄRES INSTRUMENT IN DEN HÄNDEN DER SCHULBÜROKRATIE

Die Wahlordnung, die einzig u. allein Angelegenheit der Studenten ist, wurde von einem Lehrerkollegium beschlossen.

In ihr wird festgelegt, daß nur jenen politischen Gruppen das Recht auf politische Betätigung und freie Meinungsäußerung zusteht, die 2,5% der gültig abgegebenen Stimmen erhalten, d.h. daß die Studenten selbst das Recht auf Information, Anschlag u. Versammlung nicht besitzen!

Die Studentenvertretung untersteht völlig dem Lehrerkollegium des Ständigen Ausschusses und ist an dessen Beschlüsse gebunden.

DIE STUDENTENVERTRETUNG - AUSFÜHRENDES ORGAN DER DIREKTION

Die bisherigeStudentenvertretung stellte sich nicht hinter den Forderungen der Studenten, sondern auf die Seite der Direktion. So wie sie vorher am Beschluß der reaktionären Wahlordnung mitgewirkt hatte, so fiel sie auch jetzt den Kollegen in den Rücken. Sie verweigerte das Recht auf Information, ließ (über den Direktor) Flugblätter verbieten, und riß sämtliche Anschläge herunter. Die Studienrichtungsvertretung versuchte die Bewegung zu spalten, indem sie den Weg der Verhandlungen mit eben der Schulbürokratie anbot, die die reaktionäre Wahlordnung gegenüber den Studenten durchgesetzt hatte. 150 Unterschriften und die Forderung von 60 Kollegen, die auf einer Pausenversammlung von ihr Rechenschaft forderten, ignorierte die Stv völlig.

An einer solchen Stv hat nur die Direktion ein Interesse: Genau das ist auch der Inhalt der neuen Wahlordnung:

SIE VERUNMÖGLICHT DIE FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG UND DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT INHALT UND FUNKTION DER LEHRERAUSBILDUNG.

Sie zwingt den Studenten eine Interessensvertretung auf, die nicht ihnen, sondern der Direktion rechenschaftspflichtig ist, und an die Beschlüsse des ständigen Ausschusses gebunden ist.

Demgegenüber brauchen wir eine Stv, die ein Instrument im Kampf um unsere Rechte ist. Wir brauchen eine Stv, die nicht der Schulbürokratie unterstellt ist, sondern einzig und allein den Studenten verantwortlich ist, und von ihnen gebildet wird. Eine Stv, die an die Beschlüsse von HVs gebunden ist, und das Recht hat, zu allen politischen Fragen und Fragen des Klassenkampfs Stellung zu nehmen.

DER VERSUCH, DIE KANDIDATUR DER MLS ZU VERHINDERN...

Der Charakter der Wahlordnung als Instrument zur Niederhaltung jeglicher fortschrittlicher und demokratischer Bewegung, wurde schlagartig sichtbar als die MLS unter formalen Vorwänden nicht zur Kandidatur zugelassen wurde.

Es sollte die Auseinandersetzung mit einer politisch unliebsamen Gruppe verhindert werden. Unliebsam sind gerade die Kommunisten, die sich führend im Kampf gegen die Wahlordnung eingesetzt und aufgezeigt haben, daß die Wurzeln der Rechtlosigkeit in der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse liegt, und daß der Kampf der Studenten nur dann eine Perspektive hat, wenn sie sich einreihen in den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den bürgerlichen Staat.

...STÖSST AUF BREITEN WIDERSTAND

Binnen 1 1/2 Tagen stellten sich 140 Kollegen mit ihrer Unterschrift hinter die Forderung: Zulassung der MLS zur Kandidatur!

In einer Pausenversammlung wurde mindestens 200 Hörern vor Augen geführt: Fachvorstand, Direktor der Übungshauptschule, Praxisleiter und Wahlkommissionsvorstand Dr.Svolba verdeutlichte, daß es richtig und gut sei, wenn sich die formalen Bestimmungen gegen die Möglichkeit der Kandidatur der MLS richtete, einer Gruppe, die den selbständigen Kampf der Studenten tatkräftig unter stützt. Er sagte: "Selbst wenn 1000, ja alle Studenten hinter dieser Forderung stehen, kann das an den Bestimmungen (Anmerk. des Verfassers: Zulassung der MLS zur Kandidatur ist nicht möglich) nichts ändern."

Es gilt jetzt, den Kampf um die Zulassung der MLS zur Kandidatur zu führen, um das Recht, sich mit allen politischen Meinungen auseinandersetzen zu können. Es gilt zu zeigen, daß der Kampf der Studenten um ihre Rechte alles und die formalen Bestimmungen, die uns die Schulbürokratie in Form der Wahlordnung auferlegt, nichts sind.

Die Schulbürokratie hat sich in zwei Bestimmungen nicht an die Wahlordnung gehalten. Die MLS wird die Wahl anfechten, nicht, um die Schulbürokratie zur "Einsicht" zu bringen, sondern, um den Kampf um die Zulassung der MLS zur Kandidatur zu verbreitern und das Recht auf die Kandidatur zu erzwingen. Die Anfechtung ist so wie alle anderen Bestimmungen der Wahlordnung ein Instrument in den Händen der Schulbürokratie, indem nur die sie anfechten können, die zur Wahl zugelassen worden sind. Deshalb muß hinter der Forderung nach Anerkennung der Anfechtung und Neuausschreibung der Wahl der Druck aller Kollegen stehen.

Wir haben schon begonnen und werden weiter Unterschriften sammeln, Resolutionen verabschieden und eine Hörerversammlung, auf der die Direktion Rechenschaft ablegen muß, unter folgenden Forderungen machen:

ZULASSUNG DER MLS ZUR KANDIDATUR!
ANERKENNUNG DER ANFECHTUNG!

Zelle Päd. Akademie

Mappe ausgehändigt. So kommt auch im Bildungswesen die sogenannte "Meinungsvielfalt unserer pluralistischen Gesellschaft" zum Tragen: Jeder hört das, was für seine Ohren bestimmt ist!

In einer weiteren Unterrichtsstunde wurde uns vorgeführt, wie eine zweite Klasse im Sprachlabor Deutsch(!) lernt. Der Höhepunkt der Stunde war, daß 20 zwölfjährige Buben gleichzeitig durcheinanderschnatterten - jeder hatte einen Kopfhörer auf und sprach mit seinem Tonband. Der Lehrer hatte am Anfang fröhlich erklärt: "Wir bauen einen Drachen" - und die Kinder bauten ihn, indem sie nach Vorschrift die wichtigsten Handgriffe aufs Tonband sprachen. Man sieht, daß sich die Bourgeoisie die Methoden der modernen Pädagogik zu Herzen nimmt. Wie z.B. die Mädchen in der "Höheren Schule für wirtschaftliche Frauenberufe" jede Woche einen Tag lang lernen, wie man den Mädchen der "Haushaltungsschule" beim Aufräumen, Kochen, Geschirrabwaschen usw. Anweisungen erteilt, deren Arbeit plant und sie beaufsichtigt, so lernen bei den Jesuiten die Kinder schon im zarten Alter von 12 Jahren an ihrem Tonband das gleiche - noch dazu in einwandfreiem Deutsch.

Die Eindrücke im Kollegium Kalksburg haben uns nachdrücklich daran erinnert, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen die Ausbildung ihrer Kinder nicht der Bourgeoisie überlassen dürfen, weil diese sonst als Waffe gegen sie gerichtet ist und ihnen nichts bringt als Verdummung und Vorurteile - ihren Feinden aber das Wissen. Die staatliche Erziehung ist keine Alternative zu diesen Privatschulen - im Gegenteil, beide ergänzen sich und die staatliche Politik unter der Führung der SPÖ unterstützt einen solchen Hort der Reaktion auch offen aus Steuermitteln. Die Kreisky-Regierung richtet sich in solch umfassender Weise nach den Bedürfnissen der Bourgeoisie, daß sie am 8.3.1971 die Zuschüsse für die katholischen Schulen aus Steuermitteln von 60% auf 100% des Personalaufwands (also fast auf das Doppelte) erhöht hat.

L.L.
(Zelle Pädagogik)

Es wird euch nicht gelingen, mit der Hand den Himmel zu verdecken

In der letzten Sitzung der Fakultätsvertretung Philosophie wurde von der ÖSU folgender Antrag eingebracht:

Die Fakultätsvertretung Philisophie verurteilt aufs schärfste jede politische Diskriminierung und Verfolgung, ganz gleich ob diese Verfolgung durch faschistische Diktaturen wie in Chile, oder kommunistische bzw. sozialistische Staatsformen wie in der CSSR, in der Sowjetunion oder der DDR durchgeführt wird. (Anmerkung: 1971 Verurteilte wurden in der CSSR gegen jede Menschenrechtskonvention mißhandelt.) Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß freie Meinungsäußerung und freie politische Betätigung menschliche Grundrechte sind, die unbedingt gewährleistet sein müssen."

Der Zweck dieses Antrags ist ganz klar antikommunistische Demagogie. Wie ernst es Prantz und Konsorten mit diesem Antrag meinten, wie ernst sie die Unterstützung der polisischen Häftlinge in der CSSR nahmen, geht schon daraus hervor, daß sie während der Einbringung und Begründung des Antrags dauernd hämisch grinsten und miteinander schwätzten. Es ging ihnen auch nur darum, mit Hilfe der bekannten Tatsachen - nämlich daß es in der CSSR, UdSSR und DDR politische Unterdrückung und Entrechtung gibt und dort die politischen Häftlinge mißhandelt werden - Propaganda gegen den Sozialismus zu machen. Der Vertreter der MLS stellte daher folgenden Antrag: *"Die Sowjetunion hält die CSSR militärisch besetzt und unterdrückt das tschechoslowakische Volk. Die herrschende Clique der CSSR unterwirft die Interessen ihres Volkes denen des sowjetischen Sozialimperialismus und des Warschauer Paktes. Wir sind davon überzeugt, daß die Völker der CSSR das Joch sozialimperialistischer Unterdrückung abwerfen werden und daß sie auch die einheimische Bourgeoisie stürzen werden. Wir erklären uns solidarisch mit diesem Kampf, der unvermeidlich zur Niederlage des Imperialismus führen, den Völkern der CSSR aber die Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung bringen wird. Die Fakultätsvertretung Philosophie wendet sich insbesondere gegen die, jede Menschenrechtskonvention Hohn sprechende, Behandlung der politischen Gefangenen. Diese Unterdrükkung ist die Folge der Änderung des Klassencharakters des tschechoslowakischen Staates, der kein sozialistischer mehr, sondern ein bürgerlicher ist, ist die Folge davon, daß dort nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern die Bourgeoisie die Macht in der Hand hat,"*

Gegen diesen Gegenantrag stimmten: ÖSU, RFS, VSStö, GRM. Damit war der ÖSU-Antrag angenommen.

Diese Methode der Verleumdung des Sozialismus beruht darauf, daß kapitalistische Länder als sozialistische bezeichnet werden, und dann alle Maßnahmen dieses bürgerlichen Staates der Arbeiterklasse bzw. den Kommunisten in die Schuhe geschoben werden. Dabei haben aber gerade jene unter der Unterdrückung dieses Staates am meisten zu leiden. In der CSSR, der Sowjetunion, der DDR usw. können wir gerade alle jene Phänomene beobachten, die für den Kapitalismus typisch sind: steigende Preise, Akkordhetze in den Betrieben, Inflation, schleichende Arbeitslosigkeit, umfassende Unterdrückung der Massen und nicht der reaktionären Elemente. All das ist dem Sozialismus wesensfremd, unmöglich unter der Diktatur des Proletariats. Das ist die Folge davon, daß in diesen Ländern die Bourgeoisie die Macht zurückerobern konnte. Und diese Zustände werden sich auch nur dann ändern, wenn es dem Volk unter der Führung der Arbeiterklasse gelingt, der Bourgeoisie die Macht wieder zu entreißen. Deshalb unterstützen wir auch die Kämpfe der polnischen Arbeiter gegen Lohndrückerei, Arbeitshetze und politische Entrechtung, deshalb unterstützen wir auch den Kampf der Völker der CSSR gegen die militärische Besetzung durch die Sozialimperialisten, deshalb unterstützen wir auch die Kämpfe aller Ostblockstaaten gegen ihre herrschende Clique und gegen die Herrschaftansprüche der sowjetischen Sozialimperialisten.

Mancher wird sich nun fragen, wie der VSStö und die GRM, die sich doch sonst ach so revolutionär gebärden, wie diese beiden Gruppen eigentlich dazu kommen, gemeinsam mit der ÖSU und dem RFS den Antrag der MLS niederzustimmen. Sie begründeten dies so: Die Sowjetunion, die CSSR usw. seien zwar Arbeiterstaaten, aber bürokratisch degeneriert. Die Macht im Staate habe nun eben solch eine Bürokratie und gegen diese gelte es zu kämpfen. Man könne deshalb nicht sagen, die CSSR sei kein sozialistisches Land mehr, sondern ein kapitalistisches. Was damit verleugnet und verschleiert wird, ist, daß diese Bürokratie sich benimmt wie ordinäre Kapitalisten, daß ihre Politik genau die Politik der Bourgeoisie ist. Und daß das so ist, wird jeder Mensch anerkennen, der die Verhältnisse in diesen Ländern auch nur halbwegs kennt. Es handelt sich also um die Bourgeoisie, die die Macht in der Hand hat. Der VSStö und die GRM stellen sich mit ihren Behauptungen auf die Seite all jener, die den Kapitalismus verteidigen und den Sozialismus verleumden, ob sie das nun wollen oder nicht. Hinter dem revolutionären Mäntelchen kam wieder einmal die durchaus bürgerliche Linie des VSStö und der GRM zu Tage.

P.F.M.

CHINA

Die Tatsachen und die Entstellungen der modernen Revisionisten

CHINAS ROLLE IN DER WELT VON HEUTE

In den 25 Jahren ihres Bestehens, besonders in den letzten Jahren, ist es der VR China aufgrund ihrer riesigen Erfolge beim sozialistischen Aufbau und aufgrund ihrer konsequent revolutionären Außenpolitik gelungen, die von den Imperialisten aufgezwungene Isolierung zu durchbrechen. China ist international zum Sprecher der um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Nationen geworden. China unterstützt konsequent die kleinen und mittleren Staaten in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen gegen die imperialistischen Mächte, insbesondere die beiden Supermächte. Es unterstützt bedingungslos die Befreiungsbewegungen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern.

Gleichzeitig "sieht die kommunistische Partei Chinas die Sympathie mit den revolutionären Kämpfen der Völker aller Länder und deren Unterstützung immer als ihre unbedingte Pflicht des proletarischen Internationalismus an."

Diese Politik der VR China, besonders ihr Auftreten in der UNO hat den Tanz auf dem internationalen diplomatischen Parkett kräftig durcheinandergewirbelt. Manche Leute werfen der VR China nun vor, daß sie hier überhaupt mitmischt und sehen gar nicht, daß hier ein neuer Takt geschlagen wird, der die imperialistischen Mächte aus dem Tritt bringt. Vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten reagieren mit bewußtloser Wut, weil ihr Spiel nur reibungslos funktioniert, wenn sie ihr Streben nach Vorherrschaft in der Welt hinter einer fortschrittlichen Maskierung verstecken können. Das gelingt ihnen heute, vor allem auf Grund der konsequenten Politik der VR China aber kaum mehr. Auf der UNO Rohstoffkonferenz, auf der Seerechtskonferenz usw. gerieten sie mit ihren imperialistischen, neokolonialistischen Vorschlägen völlig in die Isolation. Während bis vor einigen Jahren noch große Unklarheit über die Politik der Sowjetunion herrschte, tritt der imperialistische Charakter des einst mächtigsten sozialistischen Landes heute immer deutlicher hervor.

DIE KPÖ-REVISIONISTEN HETZEN MIT VERLEUMDUNGEN UND VERDREHUNGEN GEGEN DIE VR CHINA

Die Tatsachen sprechen für sich, und deshalb fällt es den modernen Revisionisten von der KPÖ, die sich aufgrund ihrer ideologischen, politischen und materiellen (Osthandel!) Bindungen an die Sowjetrevisionisten in den meisten internationalen Fragen als außenpolitische Agentur der SU verhalten, immer schwerer, die imperialistische Politk der SU zu rechtfertigen. Es ist auch wirklich schwer zu begründen, wieso ein sozialistisches Land für seine Kriegsflotten freie Fahrt auf allen Meeren und unkontrollierte Durchfahrt durch die Meerengen innerhalb der Territorialgewässer fremder Länder fordern sollte - wie die SU das tut. Oder wieso sich die SU bisher strikt geweigert hat, zu versprechen, daß sie niemals als erste Kernwaffen einsetzen würde, insbesondere nicht gegen kernwaffenfreie Länder - wie es die VR China schon längst getan hat.

Die KPÖ Revisionisten verlegen sich daher voralle m darauf, durch böswillige Verdrehungen und Lügen in den Reihen der fortschrittlichen Menschen Verwirrung zu stiften über die VR China und die Differenz zwischen der SU und der VR China, die eine Differenz zwischen Imperialismus und Sozialismus ist, zu verwischen.
Jedes Mittel ist ihnen recht, um die Praxis der chinesischen Genossen, die entscheidend zur Reinhaltung des Bildes vom Sozialismus in den Augen der fortschrittlichen Menschen in aller Welt beigetragen hat, in den Schmutz zu zerren.
Durch ihre wütende Hetze versuchen sie in aller Welt die öffentliche Meinung für einen möglichen Überraschungsangriff der Sozialimperialisten gegen die VR China vorzubereiten: nicht zufällig stehen über eine Million(!) sowjetischer Truppen in der mongolischen Volksrepublik.

Die modernen Revisionisten bedienen sich dabei bewußt der Methode, an bestimmte Unklarheiten, die es bei vielen fortschrittlichen Menschen über die VR China zweifellos gibt, einzuhaken. Das ist jüngst auf einem Teach-In des KSV geschehen, wo dessen Sprecher aus Anlaß des China-Besuches des CDU-Führers Kohl behauptete, die VR China vertrete zur "Deutschlandfrage" denselben Standpunkt wie die CDU, sie trete für die Stärkung der NATO ein, sei gegen die Entspannung in Europa und fördere deshalb gerade die revanchistischen Kräfte.
Was ist dazu zu sagen?

VERTRITT CHINA IN DER FRAGE DER DEUTSCHEN NATION DEN STANDPUNKT DER CDU UND WARUM EMPFÄNGT ES ÜBERHAUPT LEUTE WIE KOHL ?

Als Kohl aus der VR China nach Hongkong zurückgekehrt war, ließ er gleich verbreiten, die Volksrepublik teile seinen Standpunkt: es gäbe keine zwei deutschen Staaten und keine zwei deutschen Nationen.
Später in der Bundesrepublik sagte er zwar immer noch, die chinesischen Führer teilten seinen Standpunkt, doch war dann nicht mehr die Rede davon, daß es für sie keine zwei deutschen Staaten gäbe.
Dasist auch offenkundiger Unsinn, denn die VR China unterhält zu beiden deutschen Staaten diplomatische Beziehungen. Es heißt nur noch, daß die VR China nicht von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehe. Und das ist auch richtig, denn es gibt sowohl dem Begriff als auch der Realität nach bis heute nur eine deutsche Nation. Daran ändert auch nichts, daß die neue DDR-Verfassung die Spaltung der Nation für ewig erklärt und die Existenz einer deutschen Nation leugnet.

Auch wenn die VR China feststellt, daß es nur eine deutsche Nation gibt, so teilt sie damit keineswegs den Standpunkt Kohls, sondern stellt einfach die Realitäten fest. Der Standpunkt der Regierung der VR China ist der Standpunkt der Regierung eines sozialistischen Landes und der Standpunkt Kohls ist der eines bürgerlichen Politikers, der Kanzler der BRD werden will. Aber von wo aus man die Sache auch betrachtet, Tatsache bleibt, daß es nur eine deutsche Nation gibt und nicht zwei oder drei.

Die KSV-Revisionisten haben sich sofort wie die Aasgeier daraufgestürzt und die Aussprüche Kohls für ihre Verdrehungen und Diffamierungen der VR China benutzt. Sie haben außerdem noch die bewußte und schamlose Lüge angehängt, Tschou En-lai kenne kein Kaliningrad (heute sowjetisch) sondern nur Königsberg (chemaliges Ostpreußen). Sie unterschieben den chinesischen Führern eine Praxis, die die sowjetischen Führer tatsächlich verfolgen, wenn sie heute mit der Han- und Mandschu-Sprache bezeichnete Ortsnamen im Fernen Osten der Sowjetunion in russische Namen umbenennen, um die Lüge aufrechtzuerhalten, daß das Land östlich vom Ussuri-Fluß ohne Besitzer sei und zuerst vom zaristischen Rußland erschlossen worden wäre. Damit wollen sie die zaristischen Verbrechen der Aggression in China und vor allem ihre eigenen räuberischen Gebietsansprüche rechtfertigen. Diesen Praktiken der Revisionisten haben die chinesischen GEnossen den Namen gegeben: "Den Hut des Herrn B auf den Kopf des Herrn A setzen."

Viele fortschrittliche Leute stellen sich nun aber die Frage, warum die VR China überhaupt solche Leute wie Kohl empfängt.
Mao Tse-tung hat einmal zu Edgar Snow, dem verstorbenen amerikanischen Arzt und Freund des chinesischen Volkes gesagt, er würde natürlich lieber mit ihm als mit Nixon über die chinesisch-amerikanischen Beziehungen verhandeln, aber das ginge ja leider nicht.
Es ist nun einmal eine Tatsache, daß aufgrund der Ungleichmäßigkeit der proletarischen Weltrevolution bereits sozialistische Staaten über lange Zeit neben noch kapitalistischen Staaten existieren. Die sozialistischen Staaten laufen ständig Gefahr, von den Imperialisten angegriffen zu werden, die mit allen Mitteln versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Eine absolute Garantie für die Sicherheit der sozialistischen Staaten wird es erst geben, wenn der Imperialismus von den revolutionären Völkern weltweit vernichtet ist. Bis dahin ist es eine wichtige Aufgabe der Arbeiterklasse in den imperialistischen Staaten, es der herrschenden Klasse möglichst schwer zu machen, die Staaten der Diktatur des Proletariats zu überfallen.
Für die sozialistischen Staaten selbst ist es notwendig, wachsam zu sein und die Verteidigungsfähigkeit ständig zu erhöhen. Ein sozialistischer Staat kann nie aggressive Gelüste gegenüber anderen Ländern hegen.
Sein Ziel ist es, die revolutionären Bestrebungen in den vom Imperialismus beherrschten Ländern nach besten Kräften zu unterstützen und den weiteren sozialistischen Aufbau im innern zu sichern.
Die VR China hat daher seit ihrer Gründung vor 25 Jahren zu allen Staaten diplomatische Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen

Koexistenz angestrebt. Während früher die imperialistischen und andere reaktionäre Staaten die VR China zu isolieren versuchten, müssen sie inzwischen mit ihr Beziehungen pflegen und verhandeln. Es ist ein großer Erfolg der VR China, daß inzwischen fast alle Staaten der Welt Beziehungen zu ihr unterhalten. Das zeigt, daß es ihr gelungen ist, die Imperialisten zur Anerkennung ihrer Souveränität und territorialen Integrität, zum zumindest zeitweiligen Verzicht auf kriegerische Intervention zu zwingen.

Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz sind den beiden Supermächten zutiefst zuwider. Die Durchsetzung dieser Prinzipien gegenüber diesen Mächten und der Kampf gegen ihre Aggressions- und Kriegspolitik sind deshalb identisch. Die wesentlichen Faktoren für Eindämmung der Kriegsgefahr sieht die VR China aber in der Unterstützung der Revolution der Völker, die den Spielraum der Imperialisten einengt, und in der Stärkung der eigenen Verteidigungskraft.

INWIEFERN UNTERSTÜTZT DIE VR CHINA DEN ZUSAMMENSCHLUSS DER WESTEUROPÄISCHEN LÄNDER UND WIE VERHÄLT SIE SICH ZUR NATO ?

In ihrer Außenpolitik gegenüber den westeuropäischen Staaten gehen die chinesischen Kommunisten von der Einschätzung aus, daß Europa gegenwärtig der strategische Schwerpunkt im Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft ist, und daß "die Hegemonie bestrebungen und die Machtpolitik der beiden Supermächte auch bei den entwickelten Ländern der zweiten Welt starke Unzufriedenheit hervorgerufen (haben). Der Kampf dieser Länder gegen die Kontrolle, Einmischung, Bedrohung, Ausbeutung und Abwälzung der Wirtschaftskrisen von Seiten der Supermächte gewinnt von Tag zu Tag an Stärke. Dieser Kampf hat ebenfalls einen wichtigen Einfluß auf die internationale Lage." (Rede von Deng Hsiao-Ping auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung für Rohstoffragen)

Die VR China hat sich auf diese Entwicklung, die das Hegemoniebestreben der beiden Supermächte gefährdet, eingestellt und nimmt zu den Selbständigkeitsbestrebungen der kleineren imperialistischen Staaten ein positive Stellung ein, insofern sie den Spielraum der beiden Supermächte verringern und deren Isolierung vertiefen. Aus dieser Sicht haben Regierungsvertreter der VR China bei verschiedenen Gelegenheiten zu den Versuchen der EG-Länder positiv Stellung genommen, zu einer gemeinsamen Politik gegenüber den Supermächten zu kommen. Sie halten es dabei für richtig, alle Strömungen in der westeuropäischen Politik zu ermutigen, die sich diesen Hegemoniebestrebungen entgegen stellen, insbesondere solche Strömungen, die den Nebelvorhang des Entspannungsgegeschwätzes zerreißen und den nackten Machtkampf der Supermächte um die Vorherrschaft in Europa bloßlegen.

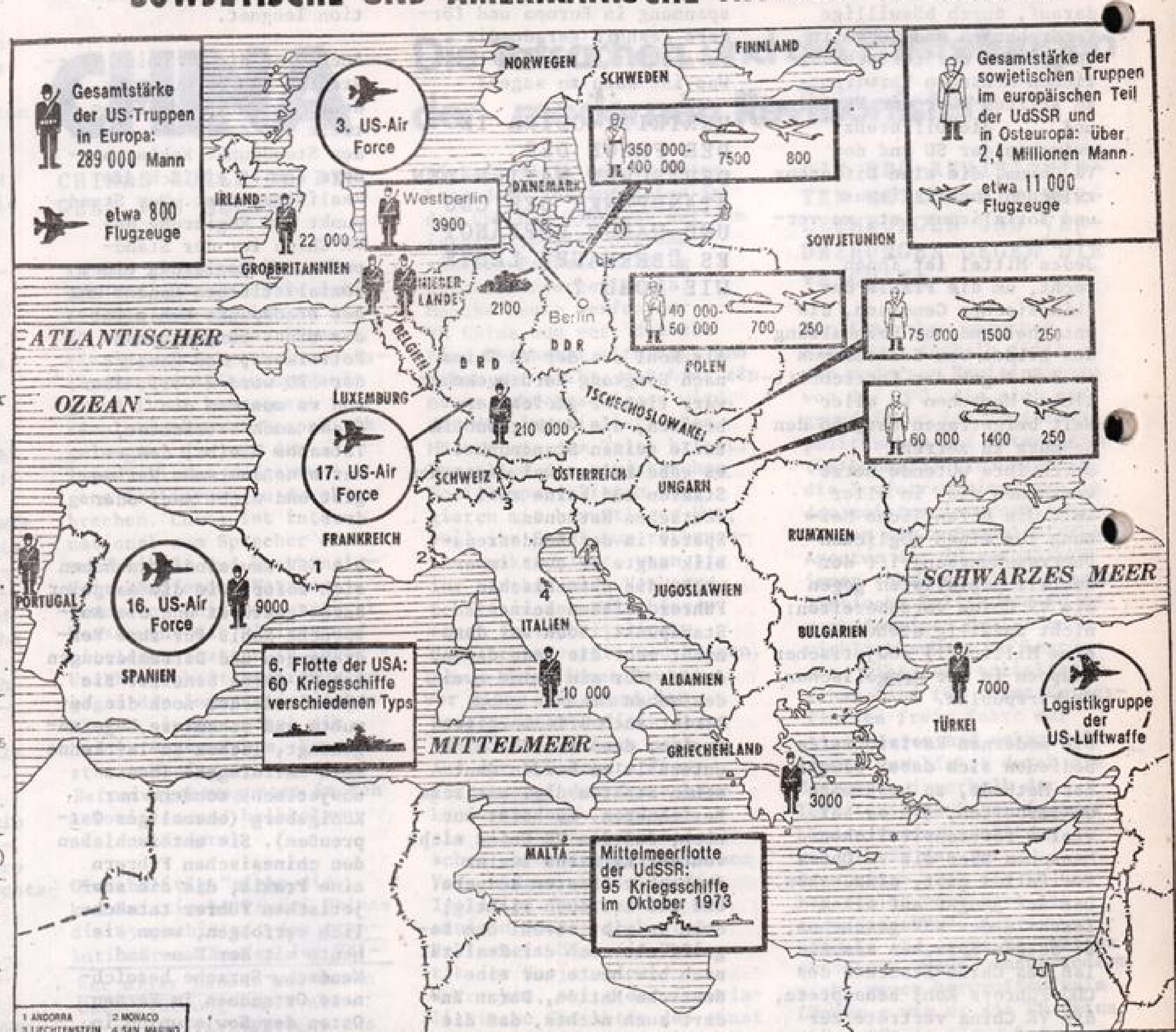
Heißt das nun, daß die chinesischen Genossen die Herausbildung einer dritten Supermacht in Westeuropa unterstützen oder für die Stärkung der NATO eintreten ? Erwarten sie gar von den westeuropäischen Kommunisten, daß sie die Herstellung solcher Bündnisse unterstützen ? Keineswegs !

Tendenzen zur Herausbildung einer dritten Supermacht bekämpfen die chinesischen Genossen durch ihre Politik der friedlichen Koexistenz und und ihre Politik der Unterstützung der Länder der dritten Welt und der brüderlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Wenn die KSV-Revisionisten behaupten, die VR China sei für eine Stärkung der NATO und gegen die Entspannung, so ist das wieder eine Lüge, die nur zeigt, daß sich ihr Denken völlig in den Bahnen der sozialimperialisitischen Entspannungsheuchelei bewegt. Der Standpunkt der VR China ist hier völlig klar und eindeutig und wurde von Tjiao Guan-Hua auf der 28. UNO-Vollversammlung folgendermaßen expliziert:

"Auf der Konferenz (für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) haben viele Länder treffend gesagt, die Befürwortung der Sicherheit müsse sich in Handlungen und nicht nur in leeren Worten niederschlagen; die Sicherheit in Europa müsse auf der Verteidigung der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität beruhen; man dürfe sich wegen der einfachen Tatsache, daß eine Europäische Sicherheitskonferenz abgehalten worden sei, nicht geistig entwaffnen lassen und seine Wachsamkeit verlieren; und um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, seien die militärischen Blöcke aufzulösen, alle ausländischen Militärbasen zu schleifen und die fremden Truppen abzuziehen, damit die gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern auf den Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, der völligen Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen könnten. ... Dies alles kommt einem direkten Schlag gleich gegen jene, die versuchen, mit dieser Konferenz die Okkupation vieler europäischer Länder zu konsolidieren, welche durch den 2. Weltkrieg und die darauffolgenden Ereignisse verursacht wurde, und dann danach streben, Westeuropa zu zersetzen und die Vorherrschaft über ganz Europa zu erringen." (Peking Rundschau 40/73)

Erst recht aber kann die bedingte Unterstützung des europäischen Zusammenschlusses durch die Diplomatie der VR China für die westeuropäischen Kommunisten nicht eine Unterstützung "ihrer" imperialistischen Bourgeoisie nach sich ziehen. Chruschtschow

SOWJETISCHE UND AMERIKANISCHE TRUPPEN IN EUROPA



und seine Nachfolger haben versucht, das Prinzip der friedlichen Koexistenz auch den um Befreiung kämpfenden Klassen und Völkern aufzuzwingen, und dadurch der Revolution ungeheuren Schaden zugefügt, wie sich jüngst in Chile gezeigt hat. Die Kommunisten halten sich hier an die Worte Mao Tse-tungs, der über die Kompromisse, die die sozialistischen Länder in ihrer Außenpolitik gegenüber imperialistischen und kapitalistischen Ländern eingehen, folgendes gesagt hat: "Derartige Kompromisse machen es nicht erforderlich, daß die Völker in den kapitalistischen Ländern deshalb im eigenen Land Kompromisse schließen. Die Völker aller Länder werden entsprechend ihrer jeweiligen Lage auf unterschiedliche Art und Weise kämpfen." (Einige Erwägungen zur gegenwärtigen internationalen Lage, Ausgewählte Werke Bd.4)

Die Aufgabe der österreichischen Kommunisten besteht darin, die Arbeiterklasse in den Kampf gegen die österreichische Bourgeoisie zu führen und durch die Entlarvung und Bekämpfung der reaktionären Absichten dieser Bourgeoisie ihren Sturz zu beschleunigen. Darin sind wir uns der Sympathie und Unterstützung der großen und ruhmreichen KP Chinas und des chinesischen Volkes sicher. Ihre Erfahrungen sind uns dabei eine große Hilfe, ihre Errungenschaften in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau ein großer Ansporn. H.V.

Rektor Korninger untersagt Indochina-Informationsstand

Eine Agitationsgruppe des Indochinakomitee Wien tritt regelmäßig an der Universität auf, um die Studenten über die Lage des Kampfes der indochinesischen Völker aufzuklären und die verbrecherische Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus zu entlarven. Sie muß ihre Informationsständer beim Rektor anmelden. Was hatte nun der Rektor zu unserer Unterstützungsarbeit zu sagen?
Er meinte, es könne nicht jede beliebige Gruppe auf die Universität kommen und ihre Meinung äußern. Wir seine keine im Zentralausschuß der Hochschülerschaft vertretene Gruppe und hätten daher kein Recht, die Studenten zu informieren.

Wir haben den Informationsstand trotz des vom Rektor ausgesprochenen Verbots aufgestellt. Wir können nicht darauf warten, bis der Rektor sich uns gewogener zeigt. Die amerikanische Einmischung in Indochina geht schließlich ununterbrochen weiter und verschärft sich jetzt wieder, und es ist unsere Plicht die Wahrheit darüber zu verbreiten.

Dieses Verhalten eines Vertreters des österr. Staates ist kein Zufall, wenn man z.B. bedenkt, daß Österreich noch immer Beziehungen zum Lon Nol-Regime in Kambodscha unterhält und damit die amerikanische Aggression in diesem Teil der Welt unterstützt.

(Aus: "Indochina im Kampf" Nr.1/Nov.74, Zeitschrift des Indochina-Komitees Wien)

Der Vertreter der MLS hat bei der Sitzung der Fakultätsvertretung Philosophie vom 4.11. dazu den Antrag gestellt: "Die Fakultätsvertretung Philosophie verurteilt das Verhalten des Rektor Korninger, der die Genehmigung für einen Indochina-Informationsstand verwehrt hat: Das behindert die Studenten, sich mit allgemeinpolitischen Fragen auseinanderzusetzen, insbesondere mit dem Kampf der indochinesischen Völker gegen die Agression des US-Imperialismus.
Die Fakultätsvertretung Philosophie begrüßt und unterstützt das Vorgehen des Indochina-Komitees, den Informationsstand auch ohne Genehmigung des Rektors durchzuführen."

Dieser Antrag wurde von ÖSU und RFS mit der Begründung niedergestimmt, es werde dadurch ein ungesetzliches Verhalten befürwortet. Angenommen wurde ein Antrag, der den Vorsitzenden der Fakultätsvertretung Prantz beauftragt, "beim Rektor protestieren zu gehen".
Was dabei herauskommen wird, wenn man den Bock zum Gärtner macht, ist voraussehbar: Der Kollege Prantz wird uns weismachen wollen, daß der Rektor im Recht ist.
Denn:
Der Rektor beruft sich auf folgenden Passus des reaktionären ÖH-Gesetzes (§2, Absatz 4): "Die ÖH und alle wahlwerbenden Gruppen sind berechtigt, an jeder Hochschule in den Räumen, die nicht für die Durchführung des Lehr- und Forschungsbetriebes oder für die Verwaltung bestimmt sind, Informationsmaterial zu verteilen." Nachdem das Indochina Komitee keine wahlwerbende Gruppe ist, folgt daraus für den Rektor sonnenklar: Es darf an den Hochschulen nicht auftreten. Dies hindert den Rektor allerdings nicht, "Informations"-stände der Studentenmission, der Studentenwallfahrt, der Zentralsparkasse und anderer zu genehmigen.
Um sich über die Zusammenhänge in der Welt Klarheit zu verschaffen, müssen sich die Studenten das Recht auf freie politische Betätigung an den Hochschulen nehmen. Einen anderen Weg gibt es nicht.

K.K.

AUFRUF des Indochina-Komitees Wien

ABBRUCH ALLER BEZIEHUNGEN ZUM LON-NOL REGIME !
ANERKENNUNG DER G.R.U.N.K. ALS RECHTMÄSSIGER REGIERUNG KAMBODSCHAS !

Auf der gegenwärtig stattfindenden 29. Tagung der UNO-Vollversammlung wird über die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Regierung des kambodschanischen Volkes GRUNK und den Ausschluß des Lon-Nol Regimes aus dieser Weltorganisation entschieden. Aus diesem Anlaß fordert das Indochina-Komitee Wien Organisationen, Gewerkschaften, Gremien, Versammlungen usw. auf, die unten stehende Resolution zur Anerkennung der GRUNK durch die Bundesregierung zu unterstützen. Diese Resolution soll jeweils an die Bundesregierung sowie an das Indochina-Komitee (Adresse: 1070 Wien, Lindengasse 39/9) zur Weiterleitung an die Mission der GRUNK in Paris geschickt werden. Das Indochina-Komitee fordert weiters auf, die von ihm durchgeführte Unterschriftenaktion zur Anerkennung der GRUNK zu unterstützen.

RESOLUTION

Auf der laufenden 29. Tagung der UNO-Vollversammlung wird über die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) in den Vereinten Nationen und den Ausschluß des Lon Nol Regimes entschieden werden, das gegenwärtig die Vertretung Kambodschas in der UNO unrechtmäßig ausübt.

Die GRUNK ist die einzig rechtmäßige Regierung des kambodschanischen Volkes. Sie wurde 1970 gebildet, nachdem die frühere Regierung Sihanouk durch einen vom amerikanischen Geheimdienst C.I.A. organisierten Putsch gestürzt worden war und dadurch die Gruppe um Lon Nol an die Macht kam.

Dieses Regime konnte schon nach wenigen Wochen seine Herrschaft in einigen Teilen des Landes nur durch den Einmarsch amerikanischer und südvietnamesischer Truppen aufrecht erhalten. Die GRUNK regiert heute über 90 % des Landes. Sie stützt sich nicht nur auf die 5,5 Millionen Bewohner der befreiten Gebiete, sondern genießt auch die Sympathie und militante Unterstützung der Bewohner der Gebiete, die vorläufig noch der Kontrolle der Lon-Nol-Clique unterliegen. Sie wird von 62 Staaten der Welt als rechtmäßige Regierung Kambodschas anerkannt. Die "Republik Khmer" Lon Nols ist eine Republik ohne Land, ohne Bevölkerung, ohne Produktion. Die massive Einmischung der Vereinigten Staaten zögert nur mehr ihre letzten Tage hinaus. Die USA pumpen mehr als 2 Millionen Dollar täglich in die Kassen Lon Nols und schaffen auf dem See- und Luftwege sämtliche lebensnotwendigen Gü-

ter - von den Waffen bis zum Reis - heran. Sie organisieren die Kriegsführung Lon Nols über einen Stab von 6000 amerikanischen Beratern, sie organisieren auch den Einsatz thailändischer Söldner in Kambodscha. Die amerikanischen Botschafter in Phnom Penh, der Hauptstadt Kambodschas, ist zugleich der amerikanische Statthalter über die noch nicht befreiten Gebiete.

Daß das Lon Nol-Regime noch nicht gestürzt und der Friede nicht wiederhergestellt ist, liegt allein an der amerikanischen Einmischung. Die österreichische Bundesregierung unterhält nach wie vor Beziehungen zum Lon-Nol-Regime, diesem Werkzeug der amerikanischen Aggression. Bei der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung im Vorjahr hat sie einem von Liberia auf Betreiben der USA eingebrachten Antrag zugestimmt, der die Verschiebung der Entscheidung, wer Kambodscha in der UNO zu vertreten habe, um ein Jahr beinhaltete. Wir verurteilen dieses Verhalten der österreichischen Bundesregierung entschieden.

Wir fordern:

SCHLUSS MIT DER FORTGESETZTEN EINMISCHUNG DER USA IN KAMBODSCHA !

SOFORTIGER ABZUG ALLER AMERIKANISCHEN UND THAILÄNDISCHEN SÖLDNER AUS KAMBODSCHA !

ANERKENNUNG DER GRUNK ALS RECHTMÄSSIGER REGIERUNG DES KAMBODSCHANISCHEN VOLKES !

UNTERSTÜTZUNG DER WIEDERHERSTELLUNG DER LEGITIMEN RECHTE DER GRUNK IN DER UNO DURCH DIE BUNDESREGIERUNG !

Volksrepublik Albanien: Glückwunsch zum 30. Jahrestag

Am 28. November feiert die Volksrepublik Albanien ihren 3o. Jahrestag. 3o Jahre Aufbau des Sozialismus, aber auch 3o Jahre Blockade durch die imperialistischen und seit 1961 auch durch den Sozialimperialismus. Albanien ist ein Eckpfeiler der sozialistischen Weltrevolution, feste Stütze, treuer Verbündeter und leuchtendes Vorbild für alle gegen den Imperialismus kämpfenden Völker und die internationale Arbeiterklasse.

Albanien ist heute das einzige sozialistische Land Europas, das einzige Land des ehemals sozialistischen Lagers in Europa, in dem es der Bourgeoisie nicht gelungen ist, die Macht wiederzuerobern. Das ist die Folge der konsequenten marxistisch-leninistischen Politik der PAA und ihrer engen Verbindung mit den Massen, des konsequenten Kampfes gegen Reformismus und Revisionismus und des Festhaltens an der Politik des Vertrauens in die eigene Kraft. Das sind auch die Gründe für die grossen Erfolge des albanischen Volkes beim Wiederaufbau und bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

IM VERTRAUEN AUF DIE EIGENE KRAFT DEN SOZIALISMUS AUFBAUEN

Albanien war vor dem Zweiten Weltkrieg ein sehr armes Land. 75 % der Bevölkerung waren in der Landwirtschaft tätig, und der Rest der in der industriellen Produktion Beschäftigten erzeugte nur 4 % des Nationaleinkommens. Diese große Rückständigkeit war die Folge der jahrhundertelangen Fremdherrschaft, der volksfeindlichen Regimes und des räuberischen Eindringens von ausländischem Kapital. Der Zweite Weltkrieg und die italienische und dann die deutsche Okkupation während des Krieges ruinierten die Nationalwirtschaft fast vollkommen.

Die Befreiung des Landes im November 1944 fand die Wirtschaft und die Industrie völlig lahmgelegt. Auf einer so schwachen Grundlage mußte die Volksmacht die Wirtschaft aufbauen und sie auf den Weg der



sozialistischen Entwicklung führen.

Doch der Sieg, den das albanische Volk ohne fremde Unterstützung über 40.000 Mann Hitlertruppen errungen hatte, hatte es gelehrt, solche Probleme richtig anzupacken: der Sieg im nationalen Befreiungskampf war eine klassische Bestätigung der marxistisch-leninistischen These, daß auch ein kleines Volk, das um eine gerechte Sache kämpft, den vollständigen Sieg über seine Feinde erringen kann, wenn dieses Volk von einer revolutionären Vorhut geleitet wird und sich in seinem Kampf auf die eigenen Kräfte stützt. Das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft ist auch die Leitlinie beim sozialistischen Aufbau. Die Ressourcen des Landes - Bodenschätze, Wasserkraft, Landwirtschaft etc - wurden systematisch genutzt und ausgebaut. Wohnungen, Schulen und Spitäler wurden errichtet - nicht mit fremder Hilfe, sondern von der Bevölkerung selbst mit den jeweils vorhandenen Mitteln. Die sozialistische Demokratie wurde systematisch ausgebaut, und die Massen wurden durch die Partei immer mehr zur Lenkung ihres eigenen Schicksals erzogen. Gleichzeitig führten die Kommunisten einen scharfen Kampf gegen alle bürgerlichen Einflüsse, die die Entwicklung hemmten und das Land auf den kapitalistischen Weg zurückzerren wollten. Die Herausbildung eines einheitlichen politischen Willens in einem fortwährenden Diskussionsprozeß des ganzen albanischen Volkes ist die Grundlage für alle Erfolge beim Aufbau des Sozialismus. Albanien wurde aus einem rückständigen Agrarland in ein fortgeschrittenes Industrie-Agrarland verwandelt. Im Jahre 1973 war die gesamte Industrieproduktion 16,3 mal (!) größer als von der Befreiung, und der Anteil der Industrieproduktion war von 4 % auf 61 % gestiegen. Der Wohlstand der Massen wächst ununterbrochen. Die Entwicklung eines Gesundheitswesens im Dienste des Volkes und die kostenlose ärztliche Betreuung für alle Werktätigen, die Abschaffung aller Steuern und Gebühren, die Elektrifizierung aller Dörfer, der Anstieg der Lebenserwartung von 38 Jahren vor dem Krieg, auf etwa 69 Jahre - das sind einige eindrucksvolle Beispiele dafür.

Die wirtschaftliche Lage der kapitalistischen Länder ist heute gekennzeichnet durch große Unordnung, hohe Inflationsraten, steigende Preise, zunehmende Arbeitslosigkeit und eine Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Massen. Solche Dinge werden sich im sozialistischen Albanien niemals ereignen - sie sind dem Sozialismus wesensfremd. Albanien verfügt über eine stabile Wirtschaft, welche weder Krisen noch Inflation oder Arbeitslosigkeit kennt. Das ist das Ergebnis der Überlegenheit des Sozialismus, der marxistisch-leninistischen Linie der Partei und der aufopferungsvollen Arbeit des albanischen Volkes.

Die Partei schenkte der Erziehung von Anfang an die allergrößte Aufmerksamkeit, denn von der Bildung eines neuen Menschen mit hohen revolutionären Eigenschaften und sozialistischer Moral hängen schließlich die Erfolge beim sozialistischen Aufbau, bei der Verteidigung der sozialistischen Ordnung und bei der ununterbrochenen Entwicklung der Revolution ab. Die Erziehung des neuen Menschen der sozialistischen Gesellschaft ist ein langwieriger Prozeß, der sich durch einen heftigen, unentwegten Klassenkampf gegen die verschiedenen Überbleibsel und Einflüsse der dem Sozialismus fremden Ideologien der Ausbeutergesellschaften - sei es der patriarchalischen, feudalen und kleinbürgerlichen der Vergangenheit, sei es der heutigen bürgerlichen und revisionistischen - entwickelt.

BOLLWERK GEGEN IMPERIALISMUS UND REVISIONISMUS

Die Lage in der Welt ist gekennzeichnet einerseits durch das Ringen der beiden Supermächte um die Vorherrschaft in der Welt und andererseits durch den Kampf der Vöker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus. Die VRA steht fest in den Reihen der Weltrevolution auf der Seite der unterdrückten Völker und der Werktätigen der ganzen Welt. Das albanische Volk steht in vorderster Front im Kampf gegen US-Imperialismus und Sozialimperialismus und gegen alle anderen imperialistischen und reaktionären Kräfte in der Welt, welche schuld sind an den Leiden der Menschheit, an Unterdrückung und Ausbeutung. Es hat damit den Haß aller Reaktionäre aller Länder auf sich gezogen und ist den schärfsten Angriffen, v.a. von Seiten der Sozialimperialisten und US-Imperialisten ausgesetzt. Doch je wütender die Angriffe dieser finsteren Mächte werden, desto offener und entschlossener kämpft das albanische Volk gegen sie. Denn die Stärke seiner Politik ist, daß es eine gerechte Sache vertritt, eine Politik, die den Interessen des albanischen Volkes und der Völker der ganzen Welt entspricht.

"Die VRA wird weiter in den vordersten Reihen des Kampfes gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion stehen und alle Völker und Länder unterstützen, die für nationale Freiheit und Unabhängigkeit, für Emanzipation und sozialen Fortschritt kämpfen. Auch in der Zukunft werden wir die Außenpolitik fortführen, die unserem Land bisher so feste Positionen und zahlreiche und starke Freunde und Sympathien gebracht, ihm einen geachteten Namen und hohes Prestige eingetragen hat." (Enver Hoxha)

ES LEBE DIE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN !

PLO VOR DER UNO

Ein großer Sieg des palästinensischen Volkes

Am 13.November sprach der Führer der PLO, Yassiv Arafat zum erstenmal in der langen Geschichte des Kampfes des palästinensischen Volkes vor der UNO-Vollversammlung in New York. Mit der überwältigenden Mehrheit von 105 Prostimmen bei 20 Enthaltungen und 4 Gegenstimmen hatte die UNO-Vollversammlung vor einem Monat die Einladung an die Palästinensische Befreiungsorganisation ausgesprochen, als Vertreter des palästinensischen Volkes an der Palästina-Debatte teilzunehmen. Dies ist ein weiterer Ausdruck der großen Erfolge, die die PLO in den letzten Monaten auf diplomatischer Ebene erreicht hat. Ende Oktober wurde der PLO auf der Gipfelkonferenz der arabischen Staaten in Rabat das alleinige Vertretungsrecht für alle Palästinenser zugesprochen. Selbst der jordanische König Hussein mußte dem notgedrungen zustimmen, da er sich sonst im arabischen Lager völlig isoliert hätte. Immer mehr Staaten, darunter auch imperialistische Mächte, wie Frankreich, erklären sich bereit, die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen und die Palästinafrage nicht weiter als Flüchtlingsproblem zu betrachten. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Zionisten ungehindert ihre Lügen über ihr rassistisches Unterdrückungssystem verbreiteten und das mahr als 3 Millionen zählende palästinensische Volk als Terroristen diffamieren konnten.

Die diplomatische Offensive der PLO muß im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung im Nahen Osten nach dem Oktoberkrieg gesehen werden. Die arabischen erdölproduzierenden Länder haben in diesem Jahr große Erfolge im Kampf gegen die Erdölausplünderung durch die Imperialisten erzielt. Sie waren bereit, diese Waffe auch im Kampf gegen den zionistischen Feind einzusetzen. Die PLO hat es in dieser Situation verstanden, diese Entwicklung für die Propagierung ihrer gerechten Ziele zu nutzen. Der Kampf auf politischer und diplomatischer Ebene ist zu einem wichtigen Schritt zur weltweiten Isolierung des Zionismus geworden.

Gleichzeitig hat sich der Kampf der palästinensischen Massen seit dem Oktoberkrieg in den von Israel besetzten Gebieten erheblich verstärkt. Die Widerstandsorganisationen haben aus den Fehlern, die 1970 zu einer schweren Niederlage in Jordanien geführt hatte, gelernt. Die teilweise Isolierung der Kämpfe von den Volksmassen war einer der entscheidenden Fehler gewesen. Verzweifelte, individuelle Terrorakte, wie Flugzeugentführungen, etc., die Teile der Widerstandsbewegung zunächst als Ausweg propagierten konnten aber die palästinensische Sache nicht weiterbringen. Unter dem Einfluß der FPDLP (Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas) setzte sich immer mehr die Kritik an der bisherigen politischen Linie und die Diskussion um die nächsten Schritte und konkreten Tagesaufgaben durch. Der Schwerpunkt der Tätigkeit verlagerte sich auf die besetzten Gebiete. Die Palästinensische Nationale Front (PNF), die sich als Massenorganisation der PLO versteht, begann in den besetzten Gebieten die palästinensischen Massen in ihrem täglichen Kampf gegen die israelische Militärherrschaft zu organisieren. In der PNF sind Menschen aus allen Schichten und Klassen des palästinensischen Volkes vereint: Männer und Frauen, Arbeiter und Bauern, Kaufleute, Schüler, Intellektuelle und Priester;
aber auch Teile der jüdischen Bevölkerung beginnen sich von der zionistischen Ideologie zu lösen und organisieren sich in der PNF.
Mit allen denkbaren Kampfformen (Petitionen, Kundgebungen und Protestbriefe, Besetzungen, Streiks, Demon-

strationen, Diskussionen auf Straßen in Wohnungen und öffentlichen Verkehrsmitteln, Versammlungen, Aufrufe an internationale Organisationen) leitet sie die breite Massenbewegung an. Die Massen, die bei der Politik des individuellen Terrors nur gelähmte Statisten waren, sind heute selbst wieder ständig in Bewegung und bringen die israelische Kolonialherrschaft in den besetzten Gebieten ins Wanken.

Die wichtigste Aufgabe, die sich den Befreiungsorganisationen heute stellt, ist die Verhinderung einer politischen Lösung des Palästinaproblems auf dem Rücken des palästinensischen Volkes, die Verhinderungen eines "Vereinigten Arabischen Königreiches" oder ähnlicher Pläne, die das Westjordanland unter die Kontrolle Husseins bringen und auf die Liquidierung der Widerstandsbewegung hinauslaufen würde. Die Verhinderung dieser aktuellen liquidatorischen Lösung ist nur möglich, wenn es dem palästinensischen Volk geling, seine eigene nationalae Herrschaft auf diesem Territorium zu errichten. "Diese nationale Herrschaft auf einem Teil des palästinensischen Territoriums bewahrt unserem Volk seine unabhängige Existenz, schützt die palästinensische Revolution vor den Gefahren der Vernichtung, der Umzingelung und der materiellen, physischen und politischen Liquidierung. Zu dieser Kampfbasis wird unser Volk von überall her zuströmen, wird den Kampf organisieren und fortsetzen für die Befreiung seines gesamten Territoriums. Von dieser Basis aus können wir vereint den Schlag gegen das Hussein-Regime führen, indem wir unser Volk am Ostufer und die jordanischen nationalen Kräfte mobilisieren, um die Einheit beider Völker auf nationaler und demokratischer Grundlage wieder herzustellen." (Nayef Hawatmeh, Generalsekretär der FPDLP)

Dieser Weg setzt sich heute mehr und mehr durch. Die palästinensischen Massen sind heute immer mehr bereit, diesen Weg zu gegen, um so einen wichtigen Meilenstein im Kampf gegen den zionistischen Feind zu erobern.

Einige Widerstandorganisationen - jene, die schon in der Vergangenheit ihr Vertrauen nicht in die Kraft der Massen gesetzt, sondern eine Politik des individuellen Terrors betrieben haben (FPLP und FPLP-Generalkommando) - stellen sich gegen diese Taktik. Sie propagieren statt dessen abstrakt die "Revolution bis zum Sieg", ohne im geringsten die aktuellen Hauptaufgaben zu bestimmen. Diese abstrakten Siegesparolen werden aber nicht zum Sieg über den Zionismus führen, sondern nur der langandauernde zähe Kampf, die immer wieder neue Bestimmung der nächsten Kampfaufgaben auf Grundlage der Änderung des Kräfteverhältnisses in der jeweiligen Etappe des Kampfes.

Der Auftritt Arafats vor der UNO ist für das palästinensische Volk ein großer Ansporn, seinen Weg entschlossen weiterzugehen. Die Massen in den besetzten Gebieten haben den 13.November auch mit Streiks und Demonstrationen gefeiert, obwohl die Zionisten ihre Terrormaßnahmen an diesem Tag noch weiter ausdehnten. Das zeigt deutlich, daß der Kampf an der diplomatischen Front vom palästinensischen Volk in richtiger Weise genutzt wird. Arafat hat den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes vor die UNO getragen und er hat auch das Endziel dieses Kampfes hervorgehoben: die Schaffung eines demokratischen Staates in Palästina, in dem Juden und Araber gleichberechtigt und friedlich nebeneinander leben können, wobei die Voraussetzung darfür die Zerschlagung des rassistischen Zionistenstaates ist.

W.F.

